



# PERSPEKTIVEN

ZUM AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG VON PERSPEKTIVE KOMMUNISMUS



PERSPEKTIVEN 01 / ANTIFA

Herausgegeben von  
**Perspektive Kommunismus**  
August 2022  
Auflage: 1.000

Kontaktaufnahme  
[mail@perspektive-kommunismus.org](mailto:mail@perspektive-kommunismus.org)

**Eigentumsvorbehalt  
im Falle der Versendung in eine JVA**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts.

Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie der/dem Absender/in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dasselbe hat bei nur teilweiser Aushändigung dieser Broschüre mit den nicht ausgehändigten Teilen zu geschehen.

**»Die Vernichtung  
des Nazismus mit  
seinen Wurzeln  
ist unsere Losung.  
Der Aufbau  
einer neuen Welt  
des Friedens  
und der Freiheit  
ist unser Ziel.«**

---

**Schwur von Buchenwald.**

**Nach der Selbstbefreiung des KZ am 11. April 1945  
legten die Überlebenden diesen Schwur ab.**

# Perspektiven?

Diese Broschüre ist der Auftakt einer langfristig angelegten Reihe unregelmäßiger Veröffentlichungen, in denen wir Analysen, Standpunkte und Strategien zu Bereichen revolutionärer Politik zur Diskussion stellen. Mit den Publikationen geht es uns nicht alleine um die Darstellung unserer Sichtweisen, sondern darum zusammenzufassen, auf welchen Grundlagen wir arbeiten und welche längerfristigen Perspektiven sich daraus für uns, für einen revolutionären Aufbauprozess ergeben.

Sie sind als Teile unseres Selbstverständnisses, aber nicht als abgeschlossene Glaubenssätze zu verstehen. Sie spiegeln nicht mehr und nicht weniger als die aktuelle Reife unserer Arbeit wieder.

Sie sollen Einladung zur Debatte und zum Austausch sein, zum Hinterfragen und kritischen Überprüfen anregen. Im Widerspruch kommen die Dinge in Bewegung...

# #1

**Antifaschismus  
als Teil des  
revolutionären  
Aufbaus**

# Inhalt

- 6–9** Einleitung
- 10–17** Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation
- 18–29** Rechte Kräfte und Rechtsruck
- 30–41** Faschismusanalyse
- 42–51** Antifaschistischer Kampf
- 52–63** Konsequenzen aus dem NSU
- 64–71** Organisatorische Konsequenzen
- 74** Literatur



# Die Antifa muss renoviert werden.

Rassismus, Homophobie,

Im Windschatten der kapitalistischen Krise und mit Unterstützung von weiteren Teilen des bürgerlichen Lagers erstarken rechte Bewegungen in der Bundesrepublik seit einigen Jahren nahezu ungehindert. Mit der AfD etabliert sich eine Rechtspartei mit offen faschistischen Teilen bundesweit, die als Türöffner für ein großes rechtes Spektrum dient. Teile der Rechten diskutieren mittlerweile Bürgerkrieg und Putschszenarien und immer wieder werden Verstrickungen bis tief in den Staatsapparat hinein öffentlich. Der unberechenbare Terror gegen Migrant:innen erzeugt ein Klima der Angst und Unsicherheit. Im bürgerlichen Lager können staatlich etablierte Figuren wie Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen ganz offen die Nähe zu Rechten suchen. Gegenwehr ist zwar sichtbar und punktuell auch erfolgreich, aber noch lange nicht in der Lage, die rechten Kräfte zurückzuschlagen und fortschrittliche Kräfte auf lange Sicht zu bündeln.

Antifaschistische Politik befindet sich in einer Krise. Das wurde in den vergangenen Jahren für große Teile der radikalen und revolutionären Linken offensichtlich. Zur Zeit laufen wir rechten Bewegungen hinterher und müssen unseren Kampf aus der Defensive heraus führen.

Mit dieser Veröffentlichung möchten wir dazu beitragen, diese Situation als Herausforderung und Chance zur Reflexion und Weiterentwicklung eines Politikfeldes zu verstehen, in dem großes Potenzial schlummert. Das freizulegen bedeutet aber vor allem Eines: Arbeit!

Kein Papier kann den praktischen Prozess ersetzen, der notwendig ist, um anti-

faschistische Politik aus dieser Situation der Schwäche herauszuholen. Um dieses Vorhaben systematisch anzugehen, um eine bewusste Weiterentwicklung in der Bewegung loszutreten, dafür benötigen wir einige klare politische Orientierungspunkte, organisatorische Ansprüche, gemeinsame Arbeitsweisen und Analysen und schlussendlich doch auch einige Seiten Papier. Mit dieser Broschüre wollen wir zu einem politischen Konzept des organisierten Antifaschismus beitragen, das Handlungsvorschlag und Wegrichtung beinhaltet, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Situationen in der BRD mit den allgemeinen Notwendigkeiten antifaschistischer Politik zusammengebracht werden können.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich an den reaktionären Auswüchsen der kapitalistischen Gesellschaft abzarbeiten und aufzureiben, ohne dabei etwas nachhaltig an den Kräfteverhältnissen zu ändern. Und bis zu einem gewissen Grad ist diese Tendenz ein Teil jeder antifaschistischen Arbeit. Auf was es uns dabei ankommt, ist es, zu einer aktiven und handlungsfähigen Kraft zu werden, die auch in der politischen Abwehr den strategischen Aufbau der eigenen Seite voranbringt. Die Organisationsfrage spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Wenn breite Kampagnen wie #unteilbar an einem Tag Zehntausende gegen den Rechtsruck auf die Straßen bringen, dann sind das zwar Lebenszeichen von Protestkultur, dennoch nimmt die Zahl derjenigen, die sich verbindlich und langfristig im antifaschistischen Kampf organisieren, tendenziell ab. Die alltäglichen Proteste gegen rechte Veranstaltungen werden

vielerorts überschaubarer, ganz zu schweigen von den messbaren Erfolgen. Es stellt sich, gerade in Bezug auf die AfD, aber auch darüber hinaus, eine gewisse Normalisierung von Rechten als Teil gesellschaftlicher Debatten ein. Dabei gibt es genügend junge und ältere Menschen, die mit dem verschärfte Rechtsruck gerade jetzt wieder politisch aktiv werden. Nur fehlen die Strukturen, die sie einbinden, aufbauen und sich mit ihnen weiterentwickeln könnten. Das Wegbrechen und der Zerfall von aktiven Antifastrukturen in den letzten zwei Jahrzehnten, die Perspektivlosigkeit eines vormals starken linksradikalen Politikansatzes, sind ebenso Teil des Problems, wie die Erstarkung der Rechten. Der Punkt ist: An Letzterem lässt sich nur etwas ändern, wenn wir für Ersteres eine Lösung finden. Ein aktueller Schub an neugegründeten „Offenen Antifa Treffen (OAT)“ in verschiedenen Orten ist begrüßenswert, unterstreicht aber nur nochmals die Notwendigkeit strategischer Überlegungen.

Die Haupttendenz in der „Antifa-Debatte“, die vor allem in den Jahren 2015 und 2016 von antifaschistischen Gruppen und Aktivist:innen geführt wurde und in öffentlichen Beiträgen den richtigen Umgang mit dieser schwierigen Situation diskutierte, setzt an der richtigen Feststellung an: Die linke Bewegung hat es in einer Phase der kapitalistischen Krisenentwicklung nicht geschafft, verständliche und aktivierende Antworten auf die soziale Frage zu formulieren, während die Verunsicherung von Teilen der Bevölkerung durch rechte Projekte und Kampagnen in größerem Ausmaß kanalisiert werden konnte und kann. Und ganz wesentlich: Die linksradikale Szene zersplittert,

zerfasert, verbürgerlicht und wird bequemer. Es wäre falsch, den Kern der verschiedenen Kämpfe allein in diesem Milieu zu suchen. Es ist also notwendig, nicht nur Leute zu begeistern und einzubinden, die in den gleichen Läden und Klamotten rumhängen, sondern vor allem diejenigen, die sich gegen die ständige Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung des Kapitalismus wehren wollen. Zur politischen Haltung gehört immer eine soziale und finanzielle Situation, sowie eine Lebensrealität, die im Wesentlichen von Lohnarbeit geprägt ist – oder anders ausgedrückt: Die Klassenlage bestimmt das Bewusstsein und das spielt natürlich eine zentrale Rolle.

Diese langsame Entwicklung „weg von der Szene, hin zur Klasse“ ist natürlich in erster Linie ein Fortschritt, auch wenn eine antikommunistische politische Kultur und dogmatische Fehler vergangener, kommunistischer Ansätze noch immer in die Linke hineinreichen und Vielen den Zugang zu einem klaren, differenzierten Klassenstandpunkt erschweren. Eine Gefahr ist allerdings, nicht nur den Szenebezug, sondern mit ihm auch gleich alle praktischen Errungenschaften und vergleichsweise hohen Standards der organisierten Antifapolitik über Bord zu werfen. Es sei ziellos, den unzähligen reaktionären Mobilisierungen hinterherzurennen, stattdessen solle jetzt dort angeknüpft werden, wo Menschen in sozialen und politischen Kämpfen (z.B. in der Wohnraumfrage) nach Perspektiven suchen, die ihnen das herrschende System nicht (mehr) bieten kann. So richtig die letzte Konsequenz auch ist, so falsch ist es, dafür die direkte Bekämpfung des politischen Feindes zurückzustellen.

Es ist ein grundsätzliches Problem, die unterschiedlichen Kämpfe gegen einzelne Aspekte des Kapitalismus relativ beliebig, je nach politischer Trendwende oder zeitweise erfolgreichen Zugängen mal stärker, mal schwächer zu bearbeiten. Das kann in Zeiten starker, linker Massenbewegungen zwar dazu führen, dass viele Menschen sich eine gewisse Zeit in politischen Strukturen organisieren und auch revolutionäre Praxis entwickeln (z. B. eben im Antifa-Bereich in den 90ern oder in der globalisierungskritischen Bewegung und den Gipfelmobilisierungen in den 2000ern), es stößt aber an Grenzen, sobald der frische Wind vorüber ist, der Widerspruch kein neues Protestpotenzial hervorbringt und es um die langfristig angelegte Aufbauarbeit in verschiedenen Kampffeldern geht. Nicht zuletzt ist es eine Frage der politischen Strukturen: Geht es darum, den Widerstand gegen Aufwertung im Stadtviertel zu organisieren, oder darum, rechte Strukturen zurückzuschlagen - beides benötigt eigene, auf die jeweilige Situation zugeschnittene Organisationsformen an der Basis. Ein „Entweder-oder“ ist genauso falsch wie undifferenziertes Zusammenwürfeln.

In jedem politischen und sozialen Kampf in der Klassengesellschaft schlagen sich Klasseninteressen nieder. Diese zu erkennen, in den Fokus zu rücken und eine vereinheitlichende revolutionäre Perspektive von verschiedenen Zugängen aus zu entwickeln, ist die eine Herausforderung. Die andere ist es, die besonderen Prägungen, Notwendigkeiten und Voraussetzungen der einzelnen Kämpfe zu verstehen. Das ganze Potenzial im antifaschistischen Kampf und seine Rolle im revolutionären Aufbau kann sich nur

dann umfassend entfalten, wenn eine spezifische und langfristig angelegte organisierte Arbeit dazu stattfindet.

Heute sind radikal rechte Kräfte weiter am Erstarken: Mit ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, mit ständiger Straßenpräsenz und einem immer selbstbewusster auftretenden, vielschichtigen, rechtsoffenen Umfeld. Trotz einer gewissen Protestkultur gegen Rechts und punktuellen Erfolgen im antifaschistischen Widerstand mangelt es an grundlegender Orientierung, an einer Gegenstrategie, die klassenkämpferische Antworten mit effektivem Handeln und dem Aufbau einer breit angelegten Abwehrfront verbindet.

Wir maßen uns nicht an, vom Schreibtisch aus zu erklären, wie die Praxis zu funktionieren hat und wollen hier keine allgemeinen Weisheiten verkünden. Die in dieser Veröffentlichung zusammengefassten Ansätze spiegeln die Erfahrungen und Erkenntnisse wider, die wir in langjähriger antifaschistischer Arbeit in verschiedenen Städten sammeln konnten. Erst durch diese kontinuierliche Praxis mit all ihren Höhen und Tiefen, Erfolgserlebnissen und Rückschlägen, sehen wir uns in der Lage, so umfassend über das zu schreiben, was es unseres Erachtens nach zu schaffen gilt. Wir wollen mit diesem Text ein Konzept von Antifaschismus vorstellen, dass auf unseren konkreten Erfahrungen der letzten Jahre beruht und dessen Erfolge wir in Teilen auch schon konkret sehen können.

Antifa muss nicht neu erfunden, sondern mit Ernsthaftigkeit und aufbauend auf den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte neu formiert und organisiert werden. Packen wir es an! ■

Wenn auch verspätet:

Die Krisenfolgen sind auch in Deutschland angekommen.

Das bedeutet ein unwürdiges Leben in Armut für Millionen.

**Same  
old story:  
Capitalism  
is crisis.**

# 1

## Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation

Es ist spätestens seit dem Crash 2008 kein Geheimnis mehr, dass die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sich nicht für immer in die Peripherie, in die schwächsten und am meisten abhängigen Staaten verlagern lässt. Die weltweite Krise, die sich nun vor uns ausbreitet, schlägt mit voller Wucht in den imperialistischen Zentren ein und wird die verhältnismäßige „soziale Ruhe“ hier auf lange Sicht erschüttern. Das Krisengeschehen wurde durch die Corona-Pandemie zwar befeuert, es hat seine Grundlagen aber sowohl in der allgemeinen kapitalistischen Überproduktion und in weiter aufgeblähten Finanzmärkten, als auch in der Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, grundlegende Produktionsveränderungen zu organisieren, ohne dabei soziale Verwerfungen im großen Stil zu produzieren. Im Besonderen gilt das für die „Transformation“ in der Automobilindustrie; der Energiesektor wird folgen. Selbst die WTO (World Trade Organization) sieht die Entwicklung einer neuen „Weltwirtschaftskrise“ .

Seit Ende der 1960er Jahre befinden wir uns nach dem kurzzeitigen Nachkriegs-

aufschwung wieder in einer Phase des Kapitalismus, in der der Widerspruch zwischen weltweiter gesellschaftlicher Produktion mit hochentwickelten Produktivkräften und der privaten Aneignung wieder weiter aufklafft. Die kapitalistische Krise der letzten Jahrzehnte ist nicht nur ein vorübergehender Zustand stockender Kapitalverwertung. Die regelmäßigen Überproduktionskrisen, die sich schon seit 150 Jahren im Abstand von mehr oder weniger 10 Jahren ereignet haben, sind nicht mehr nur kurze Einbrüche, die die Marktsituation korrigieren - sie vertiefen die grundlegende Schiefelage der kapitalistischen Produktion immer weiter. In den letzten Jahrzehnten wurde alles unternommen, um imperialistischem Kapital weltweit Verwertungsmöglichkeiten zu schaffen: Mit verstärktem Kapitalexport, Zugriff auf Billigarbeitskraft in der ganzen Welt, Abbau von Handelsschranken und der Privatisierung staatlichen Eigentums. In dieser Entwicklung konzentriert sich die Kapitalmacht in den Händen immer weniger, immer einflussreicherer Kapitalist:innen.

Den dabei erzielten Gewinnüberschuss langfristig profitabel einzusetzen, um weiteres Wachstum zu garantieren: An dieser Aufgabe scheitert die kapitalistische Wirtschaft - und doch müssen die konkurrierenden Kapitalist:innen sich mit Hilfe der bürgerlichen Politik weiter Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation schaffen. Es ist ein Krisenmodus erreicht, der sich innerhalb des Systems nicht mehr lösen lässt, die „Kapitalüberakkumulation“. Das Modell, schwächere Länder mit Krediten abhängig zu machen, um sich z.B. mit „Strukturanpassungsprogrammen“ des IWF (Internationaler Währungsfonds) ihre Märkte unter den Nagel zu reißen, funktioniert zwar weiter, stößt aber an Grenzen. Überschüssige Profite werden immer weniger in die Produktion, sondern vielmehr in Vermögensanlagen investiert. Das Kreditgeschäft boomt, das Bankensystem und Finanzmärkte werden aufgebläht. Die Grundlage des Problems bleibt die zwangsläufige Überproduktion der kapitalistischen Marktwirtschaft, nur sind die Geschäfte der kleinen Klasse von Profiteur:innen inzwischen so weit über den Kopf gewachsen, dass die zwangsläufigen Fehlspekulationen weltweite wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenbrüche nach sich ziehen können. Vom ökologischen Desaster, das diese Produktionsweise immer weiter vertieft, ganz abgesehen.

Die Auswirkungen des kapitalistischen Krisenmanagements in Deutschland waren schon vor Corona spürbar. Das Virus wirkte lediglich als Krisenbeschleuniger und läutete eine neue Phase ein. Massenentlassungen und harte Angriffe auf Lohn und

Arbeitsbedingungen treffen nicht mehr alleine die Kolleg:innen in Südeuropa, sondern werden für die Kapitalist:innen auch hier notwendig. Dahinter steht eine Überproduktionskrise, die am wichtigsten Standbein des deutschen Imperialismus rüttelt, an der Exportindustrie, dabei vor allem Automobilproduktion und Maschinenbau. Und sie wird sich langfristig und branchenübergreifend auswirken. Unabhängig davon in welchen Sektoren die Krise weiter voranschreitet: Um die Einbußen auszugleichen und die Macht der Privateigentümer:innen aufrecht zu erhalten, sollen die Lohnabhängigen die Lasten tragen: Spürbar größere Teile der Klasse werden in Armut und Unsicherheit entlassen - ihre Arbeitskraft soll billig und schnell abrufbar sein und vor allem ohne langfristige Bindung genutzt werden können. Arbeiter:innen auf bislang abgesicherten Arbeitsplätzen werden damit zunehmend erpressbar gemacht, an den allgemeinen Standards in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen wird gerüttelt. So wird das weitergeführt, was sowohl mit dem Ausverkauf der DDR und der Enteignung und Verarmung großer Teile ihrer Bevölkerung, als auch mit dem Sozialabbau-Programm „Agenda 2010“ in den letzten Jahrzehnten begonnen wurde. Das bisherige Ergebnis: Der größte Niedriglohnsektor Europas. Ein Feld, auf dem Gegenwehr auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene nur sehr schwer zu entwickeln ist. Diese Situation ist dabei nicht zufällig entstanden, sondern die Spaltung



unserer Klasse ist von verschiedenen politischen Kräften durchaus gewollt und wird aktiv betrieben.

Die Konkurrenzverhältnisse zwischen Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und Festangestellten, sind die Grundlage für eine Vielzahl von Spaltungen und Spannungen innerhalb der Arbeiter:innenklasse und begünstigen den Sozialchauvinismus von Rechts, der nach unten tritt und über „die da oben“ nur jammert. Sie sind Ausdruck eines Kapitalismus, der längst keine langfristige Aufwärtsbewegung mehr kennt, sondern maximale Effektivität bei der Ausbeutung von Arbeitskraft benötigt, um schnelle Profite zu sichern.

### **Bodenständiger Rassismus**

Dass die Entstehung und gesellschaftliche Kultivierung von Rassismus sehr direkt mit den Interessen von Konzernen, Großgrundbesitzern und imperialistischer Expansionspolitik zusammenhängt, lässt sich nicht verschweigen. Wir blicken zurück auf eine Kolonialgeschichte von Ausplünderung, Sklaverei und Massenmorden. Rassismus ist die Ideologie dieser kapitalistischen Herrschaftsformen und konnte sich als scheinbar „natürliches Verhältnis“ tief in der Kultur unserer Gesellschaft (und auch unserer Klasse) verankern. Einen wirklichen Bruch mit diesem Verhältnis gab es auch nach dem Faschismus nicht, weil das auch den Bruch mit den kapitalistischen Profiteuren rassistischer Ausbeutung im bedeutet hätte. Die Antwort darauf, die nicht bei gerechtfertigten Anklagen und Protest stehen bleibt, sondern sich anschickt, den Komplex aus

rassistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung zu zerschlagen, liegt im antirassistischen Charakter des Klassenkampfes und im klassenkämpferischen Charakter des Antirassismus. Der Ansatz für einen offensiven antifaschistischen Abwehrkampf, den wir in dieser Veröffentlichung behandeln, ist nicht von diesen Kämpfen zu trennen. Auf der Straße und in der politischen Debatte bilden sie eine Einheit. Es wäre allerdings vermessend, eine allein antifaschistische Politik als Lösung für einen gesellschaftlichen Widerspruch zu präsentieren, in dem Teile unserer Klasse sich im offenen Gegensatz zu rassistischen Bullen und Behörden, Kapitalist:innen, Vermieter:innen usw. befinden.

14

Es wäre zu kurz gegriffen, die gezielte Zersplitterung der Lohnabhängigen nur auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Rassismus in Deutschland ist nicht nur reaktionäre Tradition, die immer wieder großen Einfluss auf gesellschaftliche Stimmungen hat, er ist ein Spaltungsinstrument, Teil des Klassenkampfes von oben und prägt die Klassenstruktur hier seit jeher: Waren es vor 60 Jahren noch sogenannte „Gastarbeiter“ ohne soziale Einbindung, die mit ihrer Arbeitskraft den Aufschwung der deutschen Exportindustrie ermöglichten, sind es heute prekär arbeitende Migrant:innen, die den Großteil der schlecht bezahlten, anstrengenden Arbeiten übernehmen und in sozialen Parallelwelten, geprägt von Ausgrenzung, Armut, Misshandlung und Unsicherheit, leben. Es bleibt dabei: Nicht-deutsche Namen in den Chefetagen, in den Behörden und auf

Regierungssesseln sind die Ausnahme. Im Werk, beim Reinigungsservice und auf den Fluren des Job-Centers sind sie Standard. Das deutsche Bildungssystem ist darauf ausgelegt, das zu bewahren, indem es die Privilegien der akademischen und materiell abgesicherten Bevölkerungsteile sichert. Es bildet die Grundlage für den Rassismus, der Menschen mit nicht-deutschen Namen auf dem Arbeits- und Wohnungsmärkten systematisch benachteiligt.

Bürgerliche Politik in Deutschland baut darauf, die Härten ihrer Politik auf die Teile der lohnabhängigen Klasse abzuladen, die am wenigsten Solidarität erfahren und denen es besonders erschwert wird, sich gemeinsam zu wehren. Das betrifft in erster Linie Migrant:innen. Diese Systematik ist nicht immer mit offener rechter Rhetorik verbunden, bereitet aber den materiellen Boden, auf dem Entsolidarisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung sich entfalten können.

### **Die harte Hand**

Es wird deutlich, dass der vorgebliche Zusammenhalt der Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit mehr ist, auf der sich die Bürgerlichen mit der Ideologie der allgemeinen Überlegenheit und Alternativlosigkeit ihrer Ordnung ausruhen könnten. Die Krise wirkt sich auf das Bewusstsein der Menschen aus. Selbst die Bertelsmann-Stiftung, die einflussreiche neoliberale Denkfabrik des Medienkonzerns, stößt in ihrer Studie zum „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ in Deutschland im Jahr 2020 darauf: 46% der Befragten waren der Auffassung, dass die sozialen

Unterschiede im Land ungerecht sind. Das Vertrauen in Parteien, Regierung und Bundestag geht messbar zurück. Angeblichen „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ nehmen in erster Linie die reichsten und privilegiertesten 20% der Bevölkerung wahr, während in den anderen Teilen die Wahrnehmung des Klassenwiderspruchs verbunden ist mit Zukunftsängsten und einer Abkehr von den großen Parteien CDU/CSU, SPD und Grüne.

Ein autoritärer auftretender Staat ist eine Konsequenz dieser Entwicklung. Die Stärkung des Polizeiparats durch Aufrüstung und Ausweitung von Präsenz und Befugnissen und auch die härtere Repression gegen Links deuten an, welche Richtung die Bürgerlichen einschlagen, um sich für eine Situation zu rüsten, in der sie mehr auf Drohung und Zwang und weniger auf allgemeine Zustimmung bauen, um den Zusammenhalt ihres Systems zu gewährleisten. Wie bewusst dieser Kurs in Behörden und Ministerien forciert wird, hängt sicher von einzelnen Verantwortlichen ab. Fakt ist aber, dass die staatlichen Angriffe und Einschüchterung gegen Straßenbewegungen, trotz der teilweisen parlamentarischen und politischen Einbindung von progressiven Bewegungen, von staatlicher Seite die Regel sind. Fakt ist auch, dass die handfeste autoritäre Tendenz sich nicht unabhängig von konkreten Interessen durchsetzt. Die schrittweisen Gesetzesverschärfungen im Polizei- und Versammlungsrecht mehrerer Bundesländer, die zunehmende Überwachung und Kontrolle des digitalen Raums, Angriffe gegen Strukturen wie den Roten Aufbau Hamburg und Verbotsdrohungen

gegen die Rote Hilfe und Antifagruppen fallen nicht zufällig in den gleichen Zeitraum. Gleichzeitig werden auch erste Ansätze von sozialen Unruhen, wie Jugendkrawalle während des Corona-Lockdowns, nicht mehr versucht integrativ, sondern mit „aller Härte des Gesetzes“ zu befrieden.

### **Kapitalfraktionen und Rechtsruck**

Die gemeinsamen Grundlinien des Krisenmanagements bedeuten nicht, dass es keine Widersprüche in der deutschen Kapitalist:innenklasse gäbe.

Der führende Block sieht sich an der Spitze einer EU, die sich als imperialistische Weltmacht aus dem Schatten der USA lösen soll, ohne aber die imperialistische Partnerschaft aufzugeben. Auf der einen Seite gibt es Widersprüche zwischen deutschem und US-Kapital z.B. in Fragen der Steuerpolitik und der Energieversorgung und Ansätze für mehr eigenständige militärische Aktivität. Auf der anderen Seite stehen ein enger Handel, gegenseitiger Kapitalexport, Märkte und Einflussphären, die untereinander aufgeteilt werden und ein gemeinsamer Kampf gegen Russland und China, die den Weltmacht-Anspruch von EU und USA in Frage stellen, wofür auch die NATO-Waffenbruderschaft weiter aufrechterhalten wird. Drohgebärden gegen die beiden Mächte im Osten sind auch in Deutschland politischer Alltag und zeigen, dass auch der „Menschenrechtsimperialismus“ das Potenzial hat, größere Konfrontationen zu provozieren. Das ist die Linie, die in unterschiedlichen Nuancen auch vom

gesamten Block aus SPD/CDU/Grüne/FDP vertreten wird.\*

Dem stehen vor allem kleinere und mittelständische Teile des Kapitals gegenüber, deren Absatzmärkte in erster Linie in Deutschland liegen. Sie profitieren weder von größeren Freiheiten für international agierende US-amerikanische und europäische Konzerne, wie das z.B. mit dem Freihandelsabkommen TTIP angestrebt werden sollte, noch von einer Ausweitung der EU-Märkte oder einer Verschärfung der Konfrontation gegen Russland und China. Aus diesem Spektrum kommt der Großteil der Unterstützung für die AfD von Seiten der Kapitalist:innen.

Das ökonomische Konzept von AfD und ihrem neurechten Netzwerk aus reaktionären Think-Tanks, Verlagen, Vereinen, Stiftungen, usw. verbindet Neoliberalismus - Marktradikalismus und Ablehnung des Sozialstaats - mit reaktionärer Mobilisierung. Die politische Hegemonie liegt aber in den Händen der stärkeren und pragmatischeren Teile der Bourgeoisie, die stark von Exporten in und über die EU profitieren, Migrant:innen als Lohndrücker:innen willkommen heißen und nicht nur kein Problem mit einer gewissen Diversität und Vielfalt innerhalb der bestehenden Eigentumsverhältnisse haben, sondern erkannt haben, wie sie durch die gezielte Aufwertung gesellschaftlicher Diversität ihre Machtposition ideologisch festigen und materiell ausbauen können. Dieses Kräfteverhältnis ist nicht statisch, es kann sich im Krisenverlauf weiter verschieben. Die Wechselwirkung zwischen dem Druck von Rechts und dem liberaleren Kurs der

Herrschenden spielt dabei eine wesentliche Rolle. Staatliche Aufrüstung und eine härtere Migrationsabwehr lassen sich problemlos mit der NATO-Orientierung und der Ausweitung von Niedriglohnarbeit kombinieren. Und auch die Abgrenzung nach Rechts dient dem bürgerlichen Parteienblock zur moralischen Aufwertung und zur Verwischung des eigenen Rechtstrends - schließlich gibt es da stets die Truppe, die noch ein wenig offener menschenverachtend auftritt.

### **Krise und Kontinuität**

Das gesellschaftliche Pendel schlägt stark nach rechts aus. Es wäre aber falsch, diese Entwicklung zu verabsolutieren. Nach wie vor sind sowohl die bürgerlich-demokratische Ideologie, als auch das materielle Angebot des Kapitalismus ausreichend, um den Großteil der Bevölkerung zumindest ruhig zu stellen und politische Anpassung zur Normalität zu machen. An Stelle einer Politisierung zur Veränderung der Umstände, stehen für die meisten Menschen Familie, Beruf, Unterhaltung, Konsum etc. auf der Tagesordnung. Die kapitalistische Konsumgüter- und Unterhaltungsindustrie sorgt für konstante Ablenkung, während der Staat seine hegemoniale Rolle durch Bildungswesen, Kultur, Sozialarbeit uvm. weitgehend aufrecht erhält. Dieses Fundament, das der Nachkriegskapitalismus sich in der BRD aufgebaut hat, bekommt Risse, nicht nur für die Arbeiter:innenklasse. Größere Teile aus der kleinbürgerlichen Klasse, die zwar keinen Einfluss auf die Krisenentwicklungen nehmen können, für die aber Besitzstand, Privilegien und

Sicherheit auf der Kippe stehen, spüren das direkt und kommen vermehrt in Bewegung. Die Rechtsentwicklungen sind dabei nur die eine Seite der aktuellen politischen Dynamiken. Die marxistische Definition des Kleinbürgertums als politisch „schwankende Klasse“, trägt einen wichtigen Teil zum Verständnis der politischen Verhältnisse in der BRD bei. Ein Teil dieser Klasse orientiert sich rechts, während andere Teile sich in der „Flüchtlingshilfe“ engagieren, gegen Klimazerstörung kämpfen, sich gegen die Aufwertung von Stadtvierteln wehren und immer wieder Front gegen infrastrukturelle Großprojekte macht. Als Reaktion auf zunehmende gesellschaftliche Missstände werden auch impulsive fortschrittliche Kämpfe geführt, die im Interesse und Teil des Kampfes der Arbeiter:innenklasse sein können.

Es lässt sich festhalten, dass die aktuelle politische Rechtsentwicklung mit den materiellen gesellschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Krise zusammenhängt und keinem linearen Schema folgt. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Tendenz in absehbarer Zeit zu einem faschistischen Umbruch führen könnte. Die bestehende Staatsform bietet den relevanten Teilen des deutschen Kapitals noch die Sicherheiten und Expansionsmöglichkeiten, die sie zur Wahrung und zum Ausbau ihrer Konkurrenzfähigkeit benötigen und es bestehen keine Gegenbewegungen, die das ernsthaft gefährden. Diese Feststellung ist für den Moment und nicht für die Ewigkeit bestimmt. Durch die Veränderung bestimmender Faktoren – abrupte Kriseneneinbrüche, weitere Verschärfung imperialistischer Konflikte -

können Situationen entstehen, in denen der Faschismus auch im 21. Jahrhundert zur Herrschaftsoption werden kann. Die Vorbedingungen auf politischer Ebene sind längst nicht nur abstrakte Gefahr, sondern werden im rechten Lager geschaffen: Aktuell nicht im Rahmen eines größeren Plans, aber durchaus im Bewusstsein, dass der Griff zur Macht möglich ist. ■



Im September 2021 veröffentlichten wir im Rahmen des Aktionstags gegen Heckler & Koch in Oberdorf eine Analyse zum Kriegskurs der Grünen.

Die Veröffentlichung findet sich unter → [www.perspektive-kommunismus.org/2021/09/08/kriegstreiber-entwaffnen-text-zum-aktionstag-gegen-heckler-koch/](http://www.perspektive-kommunismus.org/2021/09/08/kriegstreiber-entwaffnen-text-zum-aktionstag-gegen-heckler-koch/)





**Getrennt  
in den  
Farben, in  
der Sache  
vereint.**



**Neue Allianzen, keine Tabus:**

**Zehntausende Kleinbürger:innen und Eso-Hippies marschieren, wie hier 2021 bei „Querdenken“ auf dem Stuttgarter Wasen, Seite an Seite mit bekennenden Faschist:innen und Nazi-Hools.**

# Rechte Kräfte und Rechtsruck

## 2

**Im Folgenden wollen wir einen groben Blick auf die Situation und die Entwicklung der rechten und faschistischen Kräfte in der Bundesrepublik in den letzten Jahren werfen, um den Ausgangspunkt und die Herausforderungen antifaschistischer Politik konkret zu machen.**

Vor der erstarkenden Fluchtbewegung nach Europa waren die rechten und faschistischen Strömungen in der BRD relativ marginalisiert und zerstritten. Verschiedene Spektren kämpften um den Führungsanspruch im rechten Lager: NPD, militante Kameradschaften, Pro-Bewegung (Pro-NRW, Pro-Deutschland...). Trotz vieler Gemeinsamkeiten und Überschneidungen ließen die Widersprüche in taktischen und strategischen Fragen, persönliche Anfeindungen und die Machtansprüche von Einzelnen keine gemeinsame Stärkung zu. Ganz abgesehen davon hat die offen faschistische Bewegung es nicht geschafft, charismatische Führungskräfte aufzubauen, die Stärke ausstrahlen und das rechte Spektrum hinter sich sammeln könnten.

Mit der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in den Jahren nach dem letzten Kriseneinbruch 2008/2009, verlor die faschistische Rechte zumindest in Westdeutschland im rechten Lager an Bedeutung, während rechtspopulistische Kräfte als relevante, organisatorisch eigenständige Strömung hervortraten. Der wichtigste Charakterzug dieser Strömung war ihr kulturell begründeter Rassismus,

mit dem sie in erster Linie antimuslimische Stimmung schürte. Diese Ideologie zieht eine gewisse Abgrenzung zum biologischen Rassismus des klassischen Faschismus, unterscheidet sich im Ergebnis aber wenig – und stand beispielsweise nie im Widerspruch zum Antisemitismus, der etwas subtiler in den Verschwörungsmythen der gleichen Kräfte zum Vorschein kam. Personelle oder inhaltliche Überschneidungen zwischen den verschiedenen rechten Spektren sind daher auch keine Seltenheit, sollten aber nicht über die Unterschiede in der Taktik hinwegtäuschen.

Spätestens im Jahr 2015 hatten die Aktivitäten der Rechten in der BRD ein Level erreicht, das seit Beginn der 1990er Jahre so nicht mehr vorhanden war. Organisationsansätze in Form von geflüchtetenfeindlichen Initiativen, Bündnis- und Vereinsstrukturen bildeten eine rege Massenbewegung, die in der Hochphase von Pegida Dresden mehrere 10.000 Menschen gegen eine herbei halluzinierte islamische Überfremdungsgefahr auf die Straße bringen konnte. Nahezu täglich fanden Angriffe gegen Migrant:innen und Geflüchtete statt, im Jahresdurchschnitt 2018 war fast jeden zweiten Tag ein Anschlag auf eine Unterkunft von Geflüchteten zu verzeichnen: Brandstiftungen, Farbanschläge und andere Beschädigungen. Rechte Mobilisierungen gewannen erheblich an Dynamik und Anzahl, rassistische Mobs zogen zwar nicht regelmäßig vor Geflüchtetenunterkünfte, aber rotteten sich schnell zusammen, sobald sie vermeintliche oder tatsächliche Übergriffe auf „Deutsche“

wie in Kandel, Chemnitz oder Köthen zur Hetze gegen Migrant:innen instrumentalisiert werden konnten. Gestützt auf phasenweise wöchentliche Mobilisierungen, in denen Einzelne aus dem Funktionärskörper der AfD eine tragende Rolle einnahmen, veränderte sich das Verhältnis zwischen Rechten und Gegendemonstrant:innen in einigen Städten zugunsten der Rechten. Das war zumindest in Westdeutschland eine neue Entwicklung. Neben der rassistischen Ausrichtung konnte die Rechte im Zeitraum 2015-2018 auch mit homophoben und transphoben Mobilisierungen, in Anlehnung an die rechte „Manif pour tous“-Bewegung aus Frankreich („Demo für alle“), eine gewisse Massenwirksamkeit entfalten. Christlich-fundamentalistische und erzkonservative Kreise brachten hier ein breite reaktionäre Allianz zusammen, die bis ins faschistische Spektrum hineinreichte und mehrmals einige Tausend Menschen auf die Straße brachte.

Die wilde Mischung von damals – AfD, Wutbürger:innen, enttäuschte Konservative, christliche Fundamentalist:innen, Aufwind witternde Rechtsintellektuelle und die gesamte Bandbreite des aktionistischen rechten Spektrums von Hooligans, Bürgerwehrler:innen und organisierte Nazis – kam kurze Zeit später wieder in der Querdenken-Bewegung zusammen. Dieses diffuse Projekt hatte von Beginn an Aufmerksamkeit und Unterstützung von Rechts, ohne sich politisch klar zu definieren. Die Angst vor dem Verlust von kleinbürgerlichen Privilegien, eine diffuse Ablehnung der herrschenden politischen Klasse und allerlei reaktionäre Verschwörungsmysen, bildeten einen guten

Zugang für rechte Kräfte - gerade auch, weil das autoritäre Krisenmanagement, das große Teile der Arbeiter:innenklasse besonders hart getroffen hat, nicht mit starkem linkem und klassenkämpferischem Widerstand beantwortet wurde. Die AfD schuf schnell Nähe und stellte sich hinter die Bewegung, jedoch noch ohne dort eine führende Rolle einzunehmen oder diese organisieren zu können, wenngleich sie das natürlich versucht hat. Andere faschistische Strukturen und Cliquen nutzten den Rahmen, um offen aufzutreten und Straßenmacht zu demonstrieren. Dass es dafür fruchtbaren Boden gab, haben bereits die Ausschreitungen 2020 bei der Reichstagsmobilisierung in Berlin oder bei der Großmobilisierung nach Leipzig gezeigt. Gleichzeitig gelang es der Querdenken-Bewegung, weite Teile einer bisher nicht aktiv-politischen Esoterikszene zu erreichen und in heterogene rechte Netzwerke miteinzubeziehen.

Die Rechte ist aktuell ein widersprüchliches, im Gesamten aber erstarkendes, Sammelbecken. Ihr Potenzial äußert sich in spontanen Massenbewegungen, der Normalisierung von Straßengewalt, in regionalen parlamentarischen Erfolgen und auch in den teils gescheiterten, teils erfolgreichen Versuchen bewaffnete Untergrundstrukturen aufzubauen. Im Kielwasser der öffentlich-wahrnehmbaren Tabubrecher:innen bereitet sich ein diffuses Spektrum auf den Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung, den gewaltsamen Ausbruch von „Rassen-“ oder „Kulturkämpfen“ und die Machtergreifung vor: Ihre Mittel

sind nicht mehr allein Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und Straßenüberfälle auf Migrant:innen, Linke oder Alternative. Sie fassen strategisch „Systemvertreter:innen“ ins Auge, organisieren sich weit über die konspirativen Grenzen von Blood & Honour-Netzwerken hinaus und nutzen die bestehenden Potentiale, die der Staatsapparat ihnen bietet, aus, wenn sie sich in bewaffneten staatlichen Strukturen wie Polizei und Bundeswehr organisieren. Die Verwicklung von Soldat:innen, Bullen, Geheimdienstler:innen und anderen Beamten aus den Repressionsbehörden in rechte Netzwerke wird inzwischen sogar schon in bürgerlichen Medien als größeres Problem anerkannt.

Die Folge der Militarisierung der Bewegung sind durchgeplante rassistische Anschläge wie in Halle und Hanau, die Hinrichtung vom Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke und Morddrohungen gegen etliche andere politische Feinde, organisierte Trainings für Putschversuche, Waffendepots und Todeslisten. Das hat auch deutlichen Einfluss auf Radikalisierungstendenzen innerhalb der Querdenken-Bewegung, in deren Umfeld auch Brandanschläge durchgeführt werden.

### **Rechte Betriebsarbeit**

Wie bereits im vorherigen Kapitel angedeutet, liegt für uns auch im antifaschistischen Kampf ein besonderes Augenmerk auf unserer Klasse, den Lohnabhängigen. Neben den Parlamenten und öffentlichem

Raum wie der Straße, sind die Betriebe ein wesentlicher - und immer auch umkämpfter - Ort der politischen Auseinandersetzung. Hier wird agitiert und organisiert, nicht nur von Gewerkschaften, sondern eben auch wieder zunehmend von rechten Gruppen und Organisationen.

Betriebliche Arbeit von Rechts darf vor allem in der heutigen Krisensituation nicht unterschätzt werden, auch wenn sie noch „in Kinderschuhen steckt“. Während AfD-nahe Initiativen wie Alternative Arbeitnehmer Mitteldeutschland (ALARM) oder Arbeitnehmer in der AfD (AIDA) ein politisches Schattendasein fristen, zeigt die faschistische Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“ mehr Aktivität. In ihrer Vernetzung vorangeschritten, verfügt sie hauptsächlich über Ableger an baden-württembergischen Automobilproduktionsstandorten und im Raum Leipzig, bspw. bei BMW. Der Ausbau ihrer Betriebsratsmandate ist zentrales Mittel für die Verbreitung von Hetze gegen die IG-Metall, volksgemeinschaftlicher Rhetorik gegen Klassenkampf und Internationalismus sowie der „Kümmerepolitik“ für einzelne

Arbeiter:innen. Ihre bisherigen betrieblichen Wahlergebnisse entsprechen derzeit ungefähr denen der AfD auf politischer Ebene. Gefährlich ist die rechte Aktivität im Betrieb in erster Linie, weil sie der Gegenentwurf zur kollektiven Selbstermächtigung der Arbeiter:innen im Kampf gegen den Klassenfeind ist. Sie ist mit ihrem Chauvinismus und ihrer Ideologie der Klassenzusammenarbeit ein Hindernis und hat zerstörerische Wirkung auf ein Kampffeld, das für klassenkämpferische und revolutionäre Linke eine große strategische Bedeutung hat. Im Verhältnis zur Querdenken-Bewegung spielte zumindest im süddeutschen Raum „Zentrum Automobil“ außerdem die Rolle des anfänglichen Eisbrechers für die Teilnahme faschistischer Organisationen und Personen an dieser Strömung. Es wäre weit übertrieben, von einer tiefen betrieblichen Verankerung der faschistischen Bewegung zu sprechen. Die allgemeine Erstarkung des rechten Lagers schlägt sich aber in Betrieben ebenso nieder, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen und findet auch dort einen organisatorischen Ausdruck - und in letzter Konsequenz eben auch auf Betriebsratslisten. Je weiter die bestehenden Strukturen der Betriebspolitik sich von den Kolleg:innen und ihren konkreten Interessen entfremden, desto besser die Chancen von Rechts, sich auch

auf Arbeit als „volksnahe“ Alternative zu geben und Sympathiepunkte zu sammeln. Wenn es um die tatsächliche Interessensvertretung in Kämpfen um Tarife und Zukunftsperspektiven in Werken geht, spielen rechte Betriebsorganisationen naturgemäß keine wirkliche Rolle. Stattdessen hat „Zentrum Automobil“ als bedeutendstes Beispiel dieses Ansatzes in den vergangenen Jahren dem deutschen Autokapital mit Pro-Diesel-Propaganda beigestanden, die politische Solidarität mit einzelnen Faschist:innen aus ihrem Dunstkreis organisiert und die Corona-Leugner:innen-Szene unterstützt. Inwieweit dieser Anker faschistischer Politik in Betrieben sich in der Zukunft auch

auf andere Branchen ausweitet, bleibt zu beobachten. Erste Ansätze im Zuge eines „Impfstreikes“ in den Krankenhäusern gibt es bereits. Besondere Bedeutung hat in jedem Fall der Widerstand dagegen:

- Weil er einen klassenkämpferischen Gegenentwurf zur rechten Betriebspolitik beinhalten muss.
- Weil organisierte Arbeiter:innen darin eine wesentliche Rolle einnehmen müssen und das Zusammenspiel zwischen antifaschistischen und betrieblichen Strukturen entscheidend ist. Diese Verbindung hat eine besondere strategische Dimension.
- Weil dabei neue Formen und Mittel für antifaschistische Aktivität im



**Nazikader im Aufbau:**  
Faschistische Kleinstparteien, wie hier „Der 3. Weg“ bauen sich im Windschatten des Rechtsrucks auf – mit besten Kontakten ins Ausland und zu Naziterroristen vom NSU und Combat18.

betrieblichen Rahmen gefunden werden müssen.

## **AfD**

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) wandelte sich von einem zunächst standortnationalistischen Projekt zur Abschottung gegen die EU und den Euro zur Partei für rassistische Abschottung gegenüber Geflüchteten, Migrant:innen und insbesondere Muslim:innen. Ihr schneller parlamentarischer Erfolg schon kurz nach der Gründung 2013 – inzwischen hat sie Sitze in allen Landtagen außer Schleswig-Holstein, im Bundestag und in zahlreichen Kommunalparlamenten – ist eine offensichtliche Stärke. Auch der Parteiapparat, der mehrere Spaltungen und harte Linienstreitigkeiten überstanden hat (Abspaltung der ultraneoliberalen Strömung um Lucke, der Ausstieg Petrys, das Zerwürfnis mit den rechteren Teilen um Poggenburg, erzwungene Auflösung des faschistischen „Flügels“), beweist eine außerordentliche Zähigkeit. Andererseits gelingt es ihr nicht mehr in dem Maße wie 2015–2018 als Stichwortgeberin den öffentlichen Diskurs entscheidend zu beeinflussen. An diese Stelle sind mittlerweile Schlagzeilen von internen Streitereien, Ausschlüssen prominenter Vertreter und verbale Abgrenzung von Seiten der bürgerlichen Parteien getreten. Insbesondere das Potenzial der inneren Widersprüche zwischen dem völkisch-faschistischen Höcke-Flügel und dem neoliberal-reaktionären Weidel-Anhang bergen ein enormes Sprengpotenzial, wie die formale Auflösung der Flügelfraktion im Sommer 2020 oder

der vom Bundesvorstand angestrebte Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen AfD und „Zentrum Automobil“ unter Beweis stellten. Auffallend ist gleichzeitig eine Entwicklung nach Rechts unter den Mitgliedern und im Funktionärskörper, was sich auch an ihrem parlamentarischen Personal zeigt.

Spätestens seit dem Aufkommen der PEGIDA-Demonstrationen arbeiten die rechteren Kräfte in der AfD auf eine Annäherung zum braunen Mob der Straße hin. Die anfängliche agitatorische Distanz verringert sich. Nachdem es bereits zum praktischen Schulterchluss auf der Straße in Kandel – vor allem aber in Chemnitz – kam, marschierten Mitglieder des AfD-Landesverbands Thüringen in den ersten Reihen der militanten Querdenken-Demo in Leipzig. Die Vernetzungsarbeit der letzten Jahre hat informelle Verflechtungen geschaffen, die über die Parteipolitik hinausgehen und auch für die faschistischen Teile der Rechten orientierungsgebend sein können: Mit „Zentrum Automobil“, der „Identitären Bewegung“ oder dem „Institut für Staatspolitik“ um Götz Kubitschek. Es wäre allerdings falsch, diese Entwicklungen in der Partei auf die gesamte Wähler:innenschaft zu projizieren. Die knapp fünf Millionen Menschen, die die AfD bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben, teilen zwar rassistische, sozialchauvinistische und sexistische Einstellungen, sind aber in der Masse ideologisch längst nicht so gefestigt, dass von einer einheitlichen Massenbewegung gesprochen werden könnte.

Die AfD stellt in ihrer Gesamtheit zwar keine faschistische Partei dar, beinhaltet

aber faschistische Kräfte. Dieser Teil prägt auch den Kurs der AfD sich an rechten Massenbewegungen zu orientieren und an diesen weiterzuentwickeln. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die Faschist:innen innerhalb der AfD bisher bei jedem internen Machtkampf durchsetzen konnten und ihren Einfluss stetig weiter ausbauen. Bisher deutet nichts darauf hin, dass sich absehbar etwas an diesem Trend ändern wird und andere Kräfte innerhalb der AfD geraten mit eher halbherzigen Positionierungen in die Defensive.

### **Faschistische Strukturen**

Faschistische Kräfte profitieren nicht in dem Maße von Rechtsentwicklungen, dass ihre Macht und ihr Einfluss in besonderem Ausmaß zunehmen würde. Die Faschist:innen selbst sind aber in großen Teilen aktiver als im vergangenen Jahrzehnt. Ihre politische Praxis wird statt von wöchentlichen Aufmärschen und Großevents der eigenen Szene, wie in den letzten Jahrzehnten, nun vielmehr von der Beteiligung an reaktionären und rassistischen Mobilisierungen eines breiteren Spektrums geprägt. Mit diesem Rückenwind setzen Teile von ihnen immer massiver und selbstbewusster auf direkte Angriffe gegen Migrant:innen und politische Gegner:innen. Nachdem das Kameradschaftsmodell und ähnliche Ansätze „autonom“ faschistischer Gruppen im bundesweiten Maßstab rückläufig sind und auch die jahrzehntelange Konstante NPD kaum mehr Bedeutung hat, haben sich in den letzten Jahren neue Strukturen und Organisationsansätze durchgesetzt.

Um die Wichtigsten zu umreißen:

- Die Kleinstparteien „Der 3. Weg“ und „Die Rechte“ organisieren einen engen Kreis offener Faschist:innen bundesweit mit unverhohlenem Bezug auf den deutschen Faschismus und ohne Kompromisse mit gemäßigeren Teilen der Bewegung einzugehen. Neben ihnen ist jüngst auch die „Neue Stärke Partei“ als dritte Kraft entstanden. Im Fokus steht nicht parlamentarischer Erfolg - hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse sind sie bedeutungslos - sondern die Vorreiterrolle im Aufbau einer militanten Straßenbewegung und gerade beim „3. Weg“ auch die Verankerung durch soziale und kulturelle Projekte in einzelnen Schwerpunkt-Städten.
- Die „Identitäre Bewegung“ setzt in erster Linie auf einen kulturell begründeten Rassismus und gibt sich intellektuell, um das Konzept der „weißen Vorherrschaft“ modern erscheinen zu lassen. Medienaktivismus, eine öffentliche Sicht- und Ansprechbarkeit und effekthascherische Aktionsformen, die sie sich vor allem von progressiven Bewegungen abschauen, sind ihr Markenkern. Ihre Taktik ist davon geprägt, eine faschistische Kultur und Politik zu entwickeln, die weniger vorbelastet und anknüpfungsfähiger ist. In letzter Zeit musste die „IB“ einige organisatorische Rückschläge hinnehmen und versucht sich derzeit zu orientieren. Hierbei gelang es ihr rund um Corona-Proteste ein Spektrum aktionistischer junger Männer anzusprechen und die Dynamik stellenweise zu beeinflussen; dies maßgeblich vor allem in Österreich. Damit steht sie weiterhin

exemplarisch für eine Strömung innerhalb der extremen Rechten mit einer eigenen aktionistischen, ideologischen und strategischen Qualität.

- Militante faschistische Untergrundstrukturen existieren schon seit Jahrzehnten. Der NSU hatte zwar eine besondere Qualität, war aber nicht die letzte Struktur, die den bewaffneten Kampf nach dem Zellenprinzip auf der Agenda hatte. Aktuell lassen sich zwei Ansätze unterscheiden, die teilweise auch ineinander übergehen:
  - In den vergangenen Jahren ist eine ganze Reihe von mehr oder weniger unprofessionellen Gruppen aufgefliegen, die sich am Rand der offen auftretenden rechten Strukturen gebildet haben. Sie waren im Wesentlichen auf Straßenterror ausgerichtet: Bewaffnung, Anschläge auf niedrigerem Niveau, Übergriffe und Vorbereitung auf härtere Auseinandersetzungen.
  - Innerhalb von Bundeswehr, Geheimdiensten, Bullen und Justiz haben sich faschistische Gruppen und Netzwerke gebildet, die noch nicht in Aktion treten, aber ein hohes Maß an militärischer Professionalität und einen gewissen Einfluss auf Teile des Staatsapparates besitzen und Kontakt zu rechten Bewegungen pflegen.

### **Rechte Vordenker und Räume**

Parallel gruppieren sich in der Breite des rechten Spektrums verschiedene Institute und Initiativen, sog. Think-Tanks. Zu nennen wären u. a. Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“, die „Initiative 1% für Deutschland“ und die AfD-nahe

„Desiderius-Erasmus-Stiftung“. Sie organisieren Kongresse, die der Vernetzung verschiedener Akteure und der Diskussion strategischer Fragen dienen und fungieren im Allgemeinen liniengebend für ihre jeweiligen Teile der Bewegung. So diskutierte Zentrum Automobil gemeinsam mit Vertretern des faschistischen Flügels der AfD auf einem Kongress des Compact-Magazin 2017 über die Bedeutung ihrer Arbeit.

Auch gehören zu ihnen verschiedene Publikationen. Über Zeitungen wie die „Sezession“ von Götz Kubitschek, das „Compact-Magazin“, Podcasts, etwa von Martin Sellner, einem Kopf der Identitären oder „Hochglanz-Videoformate“, die vom „Filmkunstkollektiv“ um Simon Kaupter produziert werden und zum Dunstkreis der „Initiative 1% für Deutschland“ gehören.

Die Vielzahl der verschiedenen Think-Tanks ist aber auch ein Ausdruck von Widersprüchen zwischen unterschiedlichen Akteuren in der rechten Bewegung, die ausgiebig diskutiert werden. Seien es die aktuellen Linienkämpfe in der AfD und Einschätzungen zu einem Verhältnis zur Partei oder seien es strategische Herangehensweisen an die Corona-Proteste. Längst nicht alle Benannten wännen sich auf der gleichen Seite: Allzu oft gibt es auch gegenseitige Zuweisungen des „Verrates an der Sache“ oder der Kollaboration mit dem „System“.

Vor allem in Ostdeutschland zeigt sich ein Erstarken der Rechten auch in einer wachsenden Infrastruktur und dem Versuch, Räume zu schaffen und Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen. Seien

es Bemühungen im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld, diesen zu prägen und sich dort als Ordnungsmacht zu etablieren, der gezielte Zuzug westdeutscher Faschisten nach Chemnitz oder verschiedene Immobilien, wie von NPD-Vorsitzendem Thorsten Heise im niedersächsischen Schnellroda, die als Ort für Veranstaltungen, Konzerte oder zur Vernetzung dienen. Sie haben jedoch auch das Potential, zu Rückzugsräumen und Stützpunkten der Bewegung zu werden. Gleiches gilt für Teile verschwörungsideologischer Strömungen rund um die Querdenken-Bewegung, die mit Sektentum und Siedlungsprojekten, ebenfalls Räume schaffen, in denen sie ungestörter agieren können.

28

Das faschistische Spektrum wird von anderen rechten Kräften, trotz formaler Abgrenzungen, aus der Isolation geholt. Sie sind Teil sogenannter „Bürgerinitiativen“, haben ein gewisses Umfeld insbesondere in Subkulturen wie der Hooligan- und Rocker-Szene und konnten sich auf den rechten Veranstaltungen der letzten Jahre ungeniert mit faschistischer Symbolik präsentieren. Dennoch schaffen sie es noch nicht, eine größere Anzahl neuer Anhänger:innen zu rekrutieren oder gesellschaftliche Stimmungen zuzuspitzen. Konstante Straßenmacht können sie bislang nur lokal begrenzt halten. Einerseits fehlen den Faschist:innen für ein bundesweit organisiertes, einheitliches und starkes Auftreten schlichtweg fähige Personen, die in der Lage wären, die verschiedenen Kräfte trotz ihrer Unterschiedlichkeiten zusammenzuführen, andererseits

verfolgen große Teile ihres Spektrums eher die Organisation und den Richtungskampf in der AfD, oder setzen auf kulturelle Verankerung mit bspw. Musik- und Kampfsport-Events oder als organisierte Teile der Fußball-Szene, anstatt auf den Aufbau eigener Organisationen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass ihre offene Nähe zum historischen Faschismus und ihr zur Schau getragener Gewaltfetisch ihre Massenwirksamkeit trotz gesamtgesellschaftlicher Rechtsentwicklung klar einschränken.

### **Wo steckt das Potenzial?**

Wie wir im Teil zur Analyse des Faschismus aufzeigen, gehen wir davon aus, dass das Kleinbürger:innentum als Klasse besonders empfänglich für reaktionäre Ideologie ist. Gerade wenn die Krise des Kapitalismus gärt, treten die Interessenunterschiede zu Teilen des Großkapitals hervor und die Ängste vor dem Abrutschen wachsen an. Einer soziologischen Studie nach war der durchschnittliche Pegida-Demonstrant männlich, Mitte dreißig, gebildet und gut verdienend. Eine solche Studie ist für die Querdenken-Bewegung bislang nicht vorhanden, ihr sozio-ökonomischer Hintergrund ist aber ein ähnlicher. Rückendeckung erhält die Neue Rechte allerdings durchaus auch von stärkeren Teilen des deutschen Kapitals: Das zeigt sich etwa an der engen Verandelung und Interessenüberschneidung des bundesweiten „Verbands der Familienunternehmer“ mit der AfD in ihrer ersten Aufstiegsphase. Während der Verband wegen der starken Rechtsentwicklung der Partei inzwischen mit ihr

gebrochen hat, zeigen andere Teile des Kapitals, dass sie mit faschistoider Politik auf neoliberaler Grundlage kein Problem haben. Die „Friedrich-A.-von-Hayek Gesellschaft“, ein neoliberaler Think-Tank, wird seit 2015 von AfD-Spitzen politisch dominiert. Mitglieder sind u.a. Beatrix von Storch, Alice Weidel und Peter Boehringer. Neben neoliberalen Intellektuellen und Netzwerker:innen stehen im exklusiven Mitgliederkreis besonders Namen wie Theo Müller (Müllermilch-Milliardär), Erich Sixt (Vorstandsvorsitzender der Sixt Autovermietung) oder Oliver Geers (Geers Hörgeräte) hervor. Zur Bundestagswahl 2017 sammelte ein undurchsichtiges Netzwerk, das aus der Schweiz operiert hat, Parteispenden von über 10 Millionen Euro für die Wahlkampffinanzierung und einzelne Milliardär:innen aus dem Immobilien- und Bankensektor steuern die größten Einzelspenden bei.

Es ist klar, dass Rassismus und Nationalismus nicht alleine auf bestimmte soziale Interessenlagen in der Gesellschaft zurückzuführen sind. Diverse Studien zu den Wähler:innen der AfD zeigen, dass sie verhältnismäßig großen Zuspruch unter Gewerkschaftsmitgliedern und Menschen in prekarierten Lebensverhältnissen bekommt. Eine wesentliche Begründung für die Unterstützung der Partei ist laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2018 die Angst vor weiterem sozialem Abstieg - und das in allen Teilen der Gesellschaft. Der Mangel an sozialem Wohnraum schürt Widersprüche zwischen Geflüchteten und anderen Lohnabhängigen, die in Armut leben. Und auch die Propaganda der

„Einwanderung in unser Sozialsystem“ trägt sicherlich Früchte. Die reaktionäre Prägung von großen Bevölkerungsteilen lässt sich nicht verleugnen. Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und Sozialchauvinismus waren immer schon Teil der deutschen Realität.

Es wäre aber selbstentwaffnend davon auszugehen, dass diese Tendenzen unveränderlich seien. Ihre Wurzeln liegen in gesellschaftlichen Verhältnissen, die veränderbar sind. Sowohl die Macht der Kapitalist:innenklasse, deren Herrschaft reaktionäres Denken immer wieder aufs Neue hervorbringt, als auch die politischen Kräfte, die dieses Denken zu ganzen Weltbildern machen und in organisierte Praxis umsetzen, sind angreifbar. ■





**Hinter  
dem  
Faschismus  
steht  
das  
Kapital.**



**Von wegen National-„Sozialismus“:  
Hitler mit Großindustriellen bei der IAA.  
Vom Faschismus profitieren niemals die Arbeiter:innen,  
sondern Fraktionen des Großkapitals.**

# 3 Faschismusanalyse

32

Antifaschismus ist einerseits der unmittelbare Kampf gegen reaktionäre Kräfte und Tendenzen, andererseits Strategie zur Abwehr kapitalistischer Herrschaftsformen, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa erstmals herausbildeten - in Deutschland und Italien am meisten charakteristisch, in Abstufungen aber auch in Spanien oder Ungarn. Der Kampf gegen aktuelle faschistische Bewegungen erfordert ein genaues Verständnis über deren gesellschaftliche Perspektiven und Möglichkeiten und besonders über ihre Rolle in der kapitalistischen Ordnung. Es ist auch heute noch unerlässlich, den historischen Faschismus an der Macht zu untersuchen, denn die Auseinandersetzungen über den Charakter des Faschismus wirken sich ganz direkt auf heutige Formen und Strategien des Kampfes gegen ihn aus. Uns geht es darum herauszufinden, welche Teile der Gesellschaft - welche sozialen Klassen - in welchem Verhältnis zur faschistischen Herrschaft standen, was die wesentlichen Eigenschaften dieser Herrschaft waren und welche Bedürfnisse und Interessen dabei gezählt haben. Nur so kommen wir auf die Kernfrage: Welche besonderen Aufgaben hat der Klassenkampf bei der Abwehr des

Faschismus? Dafür benötigen wir marxistisches Handwerkszeug, das es uns ermöglicht, einen Bezug zwischen den ökonomischen Leitlinien einer Gesellschaft und ihren ideologischen, politischen und kulturellen Phänomenen und Entwicklungen herzustellen.

Ein falsches Verständnis des Faschismus führt dazu, dass auch der Kampf dagegen in falsche Richtungen geht: Wer nicht sehen will, dass der Faschismus die Fortsetzung und Zuspitzung der kapitalistischen Klassenherrschaft bedeutet, wird die Bedeutung der proletarischen Klassenmobilisierung dagegen nicht verstehen können. Wen das enge Verhältnis zwischen Faschismus und kapitalistischer Krise nicht interessiert, wird auch die faschistischen Tendenzen im Staat und in der Gesellschaft nicht einordnen können. Wer die aktive Rolle der Massenbewegung in der Entfaltung des Faschismus nicht begreift, wird auch den aktiven Kampf gegen die Faschist:innen von heute unterbewerten.

Zur Annäherung an ein richtiges Verständnis des Faschismus orientieren wir uns an verschiedenen Forscher:innen und Genoss:innen aus der kommunistischen

Bewegung, die sich zwar nicht in allen Fragestellungen einig sind, aber alle- samt den grundlegenden Charakter des Faschismus als Teil kapitalistischer Pro- duktionsverhältnisse in ein Verhältnis zu seinen politischen, ideologischen und kulturellen Auswüchsen setzt. Unsere Faschismusanalyse ist in erster Linie ein Leitfaden, der nicht für alle Detailfragen absolute Antworten parat hat. Sie soll den Begriff des Faschismus als besondere Gefahr und Herausforderungen im Klas- senkampf begreifbar machen.

### **Der Charakter des Faschismus**

Der Faschismus ist ein kapitalistisches Kri- senprodukt. Er ist weder eine Veranstal- tung, die einige besonders ambitionierte Bonzen am Reißbrett entworfen haben, noch ein notwendiges Resultat ideologi- scher Verirrungen der niederen Klassen. Das Zusammenkommen der aggressiven Ausbeutungsinteressen von Teilen des Großkapitals in der kapitalistischen Krise mit dem Versagen des bürgerlich-demo- kratischen Staates und einer überschäu- menden reaktionären Bewegung kann eine neue Qualität der kapitalistischen Barbarei hervorbringen. Im Folgenden die für uns wesentlichen Charakterzüge des Faschismus an der Macht in Thesenform.

„Der Faschismus an der Macht ist eine terroristische Diktatur, deren Hauptinter- essenten und Hauptnutznießer Gruppen des Finanzkapitals sind“  
(Kurt Pätzold, 2015)

So formulierte es der marxistische Faschismusforscher Kurt Pätzold

unmissverständlich und in Anlehnung an die knappe Faschismus-Skizze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale aus dem Jahr 1933. Es ist offensichtlich, dass die maßgeblichen Stoßrichtungen des Faschismus – Intensi- vierung und Effektivierung der Ausbeutung im Innern, sowie Expansion nach Außen – der gesamten Kapitalist:innenklasse zu Gute kommen. Es hat sich historisch aber gezeigt, dass der faschistische Bruch mit einem demokratischeren Staat stets durch einzelne, besonders krisenbetref- fene Teile des Großkapitals vollzogen wurde. Im Fortgang kann sich die konkre- te Zusammensetzung der tonangeben- den Kapitalfraktionen sicherlich wieder ändern, was im deutschen Faschismus etwa ab 1936 mit einer Verschiebung der Kräftedominanz weg von der Schwerin- dustrie hin zur verarbeitenden Industrie (vor allem wegen ihrer zunehmenden Bedeutung in der Kriegsproduktion) zu beobachten war. Fakt bleibt aber, dass es mit dem offenen Interessenausgleich verschiedener Kapitalinteressen, dem Idealbild des bürgerlich-demokratischen Staates, im Faschismus vorbei ist.

„Die Formel vom Bündnis [...] trifft die Wirklichkeit des Faschismus besser, weil sie zugleich deutlich macht, dass die Bündnispartner im Wesentlichen gemein- same Ziele und gleiche Gegner hatten“  
(Reinhard Kühnl, 1979)

Maßgebende Teile des Großkapitals, höhere Militärs und Elemente des Beam- tenapparats, Großgrundbesitzende und je nach nationaler Form auch religiöse Führungspersonen auf der einen Seite

und die Elite der faschistischen Partei auf der anderen, bilden im Faschismus eine Art Bündnis. Die gezielte Annäherung zwischen faschistischer Partei und deutschen Großkonzernen Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre sollte zum Grundgerüst eines solchen Bündnisses in Deutschland werden. Innerhalb dieses Rahmens konnte die militärische Führung der Reichswehr sich mit riesigem Rüstungspotenzial an die langersehnte Wiedererückung von Territorien machen, während die (reaktionär geprägte) Staatsbürokratie sich zumindest anfangs im neuen Apparat an gewohnten Stellen integrieren konnte. Die größten Teile der herrschenden Klasse, vitalere Kapitalfraktionen und Staatsdiener aller Ränge schlossen sich früh an bzw. ordneten sich ihr unter, um mit zu profitieren. Durch den Zuschnitt der gesamten deutschen Großmachtpolitik im 2. Weltkrieg auf die konstante Führungsspitze der faschistischen Partei, zeigte sich spätestens in den letzten Kriegsjahren aber auch, dass ein Linienwechsel (durch den Wechsel des politischen Führungspersonals) innerhalb der herrschenden Klasse gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des gesamten Systems gewesen wäre. Es entstand eine unaufhebbare wechselseitige Abhängigkeit zwischen faschistischer Partei und den anderen Teilen der herrschenden Klasse. Der Faschismus ist kein monolithischer Block, sondern eine „Zweckheirat“, die von Machtkämpfen und Rivalitäten geprägt wird – die Röhm-Affäre 1934 (Ausschaltung der SA und der selbsternannten „Nationalrevolutionäre“ im Sinne der Interessen von Reichswehr und Großkapital), der Machtwechsel

Schacht-Göring 1936 und nicht zuletzt die Goerdeler-Stauffenberg-Clique mit ihren Putschplänen 1944, bezeugen das am deutschen Beispiel eindrücklich.

„Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. [...] Wir werden ihn nicht auf militärischem Wege allein überwinden – um diesen Ausdruck zu gebrauchen –, wir müssen ihn auch politisch und ideologisch niederringen.“  
(Clara Zetkin, 1923)

Der Faschismus unterscheidet sich von Militärdiktaturen und anderen autoritären Staatsformen durch seine Massenbasis. Größere Teile der Bevölkerung identifizieren sich über die faschistische Weltanschauung mit dem Staat und werden durch ständige Mobilisierungen und Beteiligungsmöglichkeiten mit zu aktiven Teilen der faschistischen Herrschaft. Die faschistischen Bewegungen als Mobilisierungsmasse des Staatsapparates bewegten sich mit ihren ideologischen Feldzügen im Groben innerhalb des vorgegebenen Rahmens der imperialistischen Ziele. Sie bewegten sich zugleich aber immer wieder in Richtungen, die nicht aus unmittelbaren Interessen der herrschenden Klasse abzuleiten sind. Die Shoa lässt sich nicht mit objektiven sozialen Interessen erklären. Die systematische Vernichtung von über sechs Millionen Jüd:innen und Juden aus ganz Europa im deutschen Faschismus wurde durch die ideologische Radikalisierung der faschistischen Propaganda und

Massenbewegung in den ersten Kriegsjahren und eine expansive kolonialistische Bevölkerungspolitik nach Osten in diesen Ausmaßen ermöglicht. Der völkische Antisemitismus, als ideologischer Schwerpunkt des deutschen Faschismus, bündelte eine Jahrhunderte lang gepflegte Kultur des Judenhasses, aggressiven

die nicht als Teil von größeren politischen und ökonomischen Strategien zu begreifen sind. Es ist richtig, von einer gewissen Verselbstständigung der politischen Bewegung zu sprechen. Das Verhältnis zwischen der materiellen Basis einer Gesellschaft und den teils sprunghaften ideologischen Phänomenen ist gerade



**Der Faschismus braucht die Massen:  
Ängste schüren, Sündenböcke präsentieren,  
antikapitalistische Rhetorik. Der Faschismus hat viele  
Gesichter, um die Massen von sich zu begeistern.**

Antikommunismus und Fortschrittsfeindlichkeit, glühenden Rassismus und einen vermeintlichen Antikapitalismus. Er nahm auf Grundlage der faschistischen Kriegsmobilisierung Formen und Ausmaße an,

in zugespitzten Situationen nicht als reine Ableitung, sondern als Wechselwirkung zu denken, die sich in Widersprüchen und Sprüngen bewegt. Es ist ein Charakterzug des Imperialismus, dass die Konzentration

von politischer und ökonomischer Macht auch politische und ideologische Aggressionen zulässt bzw. freisetzt, die zumindest phasenweise nicht mit der Profitlogik erklärbar sind oder ihr entgegnen.

### **Imperialismus und Krise**

Grundlage für die Ausbildung faschistischer Herrschaftsformen ist ein entwickelter kapitalistischer Staat, der zumindest imperialistische Ambitionen hat. Starke Kapitalkonzentration und Verflechtungen auf der Ebene von Staat, international agierenden Banken und Konzernen prägen seit Beginn des 20. Jahrhunderts das Gefüge des nationalen Kapitals in den imperialistischen Metropolregionen USA, Mittel- und Westeuropa und Japan. Neue kapitalistische Großmächte wie Russland oder Regionalmächte mit imperialistischen Ambitionen wie die Türkei können heute auf ähnliche Voraussetzungen bauen. Doch die zugänglichen Märkte sind begrenzt und heiß umkämpft. Die Zuspitzung der Ausbeutung nach innen und der gewaltsame Griff nach neuen Einflussphären, wenn nötig auch direkt gegen die Interessen der imperialistischen Konkurrenz, sind in dieser Situation charakteristisch. Die gesamte Gesellschaft innerhalb der imperialistischen Staaten und ihrer direkten Einflussgebiete wird von großen wirtschaftlichen Machtkomplexen geprägt und in verschiedene Abhängigkeiten gezwängt – das trifft nicht nur auf die unzähligen Groß- und Kleinunternehmen zu, die ausgelagerte Teile der Produktion übernehmen, den Handel und Transport der Waren organisieren oder

die Infrastruktur dieser Prozesse sicherstellen. Sondern auch auf die staatliche Führung, die teils die direkte Interessendurchsetzung garantiert, durchgehend aber wegen Arbeitsplätzen, Steuern, gemeinsamen außenpolitischen Interessen oder Infrastrukturprojekten an das Großkapital gebunden ist. Die staatliche Durchsetzung konzentrierter wirtschaftlicher Interessen und die Stärke entsprechender imperialistischer Player der Kapitalist:innenklasse bilden die materielle Basis für den Faschismus an der Macht.

Die historischen Situationen, in denen der Faschismus an die Macht kommen konnte, waren von tiefen Krisen des Kapitalismus geprägt, von internationalen wirtschaftlichen Einbrüchen, politischer Instabilität, gesellschaftlicher Verunsicherung und weit verbreitetem Unmut. Erst jedoch, als der bürgerlich-demokratische Staat mit den ihm zu Verfügung stehenden Mitteln am Ende seiner Möglichkeiten angelangt war, vollzog sich der politische Bruch, um die Besitz- und Produktionsverhältnisse weiter aufrecht zu erhalten und somit den Fortbestand der kapitalistischen Klassenherrschaft zu sichern. Der Ausgleich verschiedener Kapitalinteressen durch rivalisierende bürgerliche Parteien in Parlamenten ließ in der Krisenphase keine Stabilisierung der Lage mehr zu und auch autoritärere Regierungsformen konnten die aufbrechenden Widersprüche nicht kitten. In einer Situation, in der der Staat keine Programme zur Ankurbelung stagnierender Profitraten und Stabilisierung der Wirtschaft mehr anbieten konnte, wurde der Faschismus als „Akkumulationsregime“ unter der Herrschaft

bestimmter Kapitalfraktionen in Abstimmung mit einer durchsetzungsfähigen politischen Führung zur letzten realen Möglichkeit der Krisenüberwindung. Im faschistischen Deutschland schufen staatliche Großaufträge zur militärischen Aufrüstung und infrastrukturellen Modernisierung schnell neue Möglichkeiten zur Kapitalanhäufung und zur oberflächlichen politischen Befriedung, wobei den Verantwortlichen von Beginn an klar war, dass Derartiges nur mit der Perspektive eines großangelegten Raubkrieges finanzierbar war. Die Situation der lohnabhängigen Klasse entwickelte sich, trotz propagandistischem Jubel über Vollbeschäftigung, entsprechend negativ: Lohnsenkungen, Arbeitszeiterhöhungen und ein beschleunigtes Arbeitstempo zeugten neben diversen Formen der Zwangsarbeit und der allgemeinen politischen Entmündigung und Entrechtung der Klasse schon vor dem bestialischen Krieg vom bürgerlichen Klassencharakter des neuen Regimes.

Der Faschismus ist immer auch eine Antwort der Herrschenden auf die Gefahr/Möglichkeit einer starken revolutionären Bewegung. Je stärker linke Bewegungen sind, desto mehr können sie den Reaktionären zwar entgegensetzen, desto aggressiver baut sich aber auch die Konterrevolution vor ihnen auf. Sicher: Weder in Italien, noch in Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass die verhältnismäßig starken revolutionären Bewegungen in den frühen 1920er bzw. 1930er Jahren unmittelbar zum Sturz des kriselnden bürgerlichen Staates und dem Aufbau eines sozialistischen

Gegenmodells in der Lage gewesen wären. Insbesondere die schweren Angriffe durch die verbürgerlichte Sozialdemokratie und der daraus erklärte Hauptfeind „Sozialfaschismus“ haben nicht gerade zur Stärkung und zur Massenwirksamkeit der kommunistischen Parteien beigetragen. Allerdings zeigten die organisierten kommunistischen Kräfte mit ihrer jahrelang erkämpften politischen, betrieblichen und kulturellen Verankerung den unmittelbar von Klassenauseinandersetzungen betroffenen Lohnabhängigen weiterhin eine greifbare Alternative zur kapitalistischen Ordnung auf – und gerade in Krisen Jahren stellte diese Möglichkeit der revolutionären Kanalisierung von Unmut eine besondere Gefahr für die herrschende Klasse dar. In Ländern wie Spanien, Ungarn, oder später Chile haben sich Regimes, die zumindest eine enge Nähe zum Faschismus aufweisen, in Situationen an die Macht begeben, in denen es dem Kapital ganz direkt um die Konterrevolution, um die Abwehr weitreichender fortschrittlicher Veränderungen ging.

Der Aufbau und die Finanzierung konterrevolutionärer Bewegungen war in den Krisen Jahren vor dem Faschismus, auf der politischen Agenda verschiedener bürgerlicher Kräfte. In den Jahren nach der Novemberrevolution in Deutschland war sogar die Sozialdemokratie an der Unterstützung der reaktionären und faschistischen Freikorps-Verbände beteiligt. Zur wirklichen Vernichtung einer klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung bietet ein bürgerlich-demokratischer Staat allerdings damals wie heute, trotz

umfassender Möglichkeiten der Repression, mit seiner zumindest formellen Rechtsstaatlichkeit und seinem integrativem Charakter nicht die geeigneten Mittel. Die erste Aufgabe der faschistischen Staaten und ein Grundzug ihres Charakters bestand folglich im Vernichtungsfeldzug gegen alle fortschrittlichen Gegenbewegungen, ohne dass ein Gesetzbuch oder kritische Gegenstimmen das hätten verhindern oder ahnden können. An vorderster Stelle wurden sämtliche Strukturen der Arbeiter:innenbewegung angegriffen. Die Normalisierung von staatlichem Terror und ungebändigter staatlicher Kontrolle zur Überwachung und Niederhaltung jeglicher Opposition und Kritik bildete die repressive Grundlage aller faschistischen Staaten.

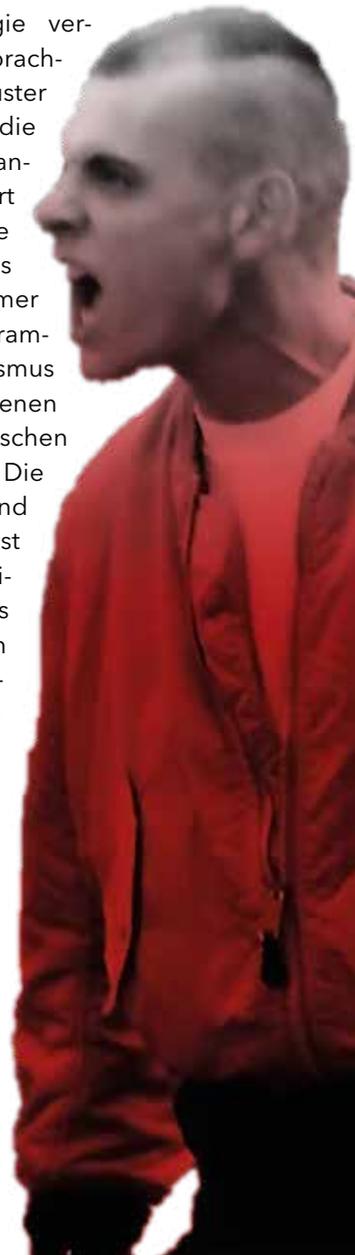
## 38 **Faschistische Bewegung und Ideologie**

Eine faschistische Bewegung ist nicht der Faschismus an der Macht. Allerdings ist es ein Grundzug des Faschismus, dass er durch politische Massenbewegungen in der Bevölkerung vorbereitet, gestützt und mal mehr, mal weniger bedeutend, mitgestaltet wird. Ohne Massenbasis kein faschistisches Regime. Entsprechend ideologisch eingefärbte reaktionäre Bewegungen entwickeln sich in den kapitalistischen Gesellschaften seit Beginn des 20. Jahrhunderts entlang der Widersprüche, die das System zu Lasten großer Bevölkerungsteile immer wieder aufs Neue reproduziert.

Die Feindbilder und Sündenböcke der Faschist:innen wurden und werden nicht

neu erfunden, sondern entspringen reaktionären Ressentiments und Diskriminierungsformen, die teils bis ins Mittelalter zurückreichen, teils dem Kolonialismus entwachsen sind oder von Aufklärungsgegner:innen popularisiert wurden. Und auch in den modernen kapitalistischen Gesellschaften spuken sie noch querbeet durch Klassen und Schichten in zahllosen Köpfen herum. In der faschistischen Ideologie verbinden sich althergebrachte Ausgrenzungsmuster gegen Menschen, die als schwach oder unangepasst identifiziert werden, Rassismus, die Verabsolutierung des Patriarchats, extremer Nationalismus und strammer Antikommunismus zu einer abgeschlossenen und zutiefst chauvinistischen Weltanschauung. Die ersten Gegner:innen sind jene, die sich bewusst gegen den nationalistischen Schulterchluss mit den eigenen Ausbeuter:innen stellen – Kommunist:innen und andere Linke, sogenannte „Volkszer-setzer“.

Die Feinde von außen, Menschen anderer Herkunft oder mit kulturellen Verschiedenheiten, werden mit abwertenden oder



bedrohlichen rassistischen Zuschreibungen versehen und sollen mal als Sündenböcke gejagt, mal als billiges Menschenmaterial in Verwertungsprozesse gezwungen werden. Demokrat:innen und Humanist:innen werden ebenso wie Menschen mit Behinderung oder Menschen, die von der heterosexuellen Norm abweichen, als Gefährdung für die Stärke des „Volkskörpers“ wahrgenommen und verfolgt. Frauen werden als Gebär- und Reproduktionsmaschinen voll und ganz dem Mann untergeordnet und verlieren jedes Recht auf Selbstbestimmung und die letzten Reste an gesellschaftlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten, die ihnen bürgerlich-demokratische Ordnungen noch gewährt haben.

Weltverschwörungen, die kommunistisch und/oder jüdisch dominiert sein sollen und auch in alle bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen hinein projiziert

werden, bilden das zentrale Feindbild und das einfache Erklärungsmuster für einen globalen Kapitalismus, der soziale Sicherheiten und Wertesysteme mit scheinbar unerklärlicher Dynamik wegfegt. Das Selbstverständnis der Faschist:innen wird dadurch vermeintlich „antikapitalistisch“ aufgeladen – wobei der Kapitalismus nicht im entferntesten verstanden und nur einige seiner Symptome wirklich abgelehnt werden.

Der besondere Unterschied zu anderen reaktionären Gedankenwelten besteht im revolutionären Antlitz, das der Faschismus sich immer schon verliehen hat. Die Mobilisierung und Einbeziehung von Bevölkerungsmassen, der Bruch mit den diplomatischen Normen des bürgerlichen Politikgeschäfts – das war und ist vielen anderen rechten Strömungen suspekt. Nicht zuletzt auch, weil sie die Posten und Pöstchen, die sie innehaben oder anvisieren, von einer so kompromisslos auftretenden Bewegung bedroht sehen. Die selbsternannten „Nationalrevolutionäre“ mit ihren Vorstellungen von Enteignungen von Teilen des Großkapitals und einer neuen völkischen Ständegesellschaft haben den faschistischen Bewegungen stets einen scheinbar revolutionären, systemfeindlichen Charakter verliehen, obwohl sie sich in den Faschismen an der Macht nicht durchsetzen konnten. Auch die Anlehnung an Elemente der sozialistischen und kommunistischen Rhetorik, Symbolik und Kultur – z.B. die Verwendung roter Fahnen und Umdichtung bekannter Arbeiter:innenlieder – haben in allen Ausformungen des Faschismus eine gewisse Bedeutung gespielt. Nicht etwa,

weil ein „Nationalsozialismus“ wirklich etwas mit der Diktatur des Proletariats zu tun gehabt hätte, sondern weil die Umformung revolutionärer Propaganda aus der Arbeiter:innenbewegung einen oberflächlichen „Antikapitalismus“ vermittelte, der gerade innerhalb der Arbeiter:innenklasse für Massenanhänger sorgen sollte. Dass die Massen der Arbeiter:innenschaft davon bislang in keiner historischen Situation überzeugt werden konnten, wird von bürgerlichen Historiker:innen gerne verschwiegen. Stattdessen wird der antikapitalistische Habitus der Faschist:innen gerne zur Unterfütterung antikomunistischer Totalitarismustheorien angeführt.

40

Faschistische Ideologie hat einen Doppelcharakter. Sie spiegelt mit ihrer Brutalität und aggressiven Menschenverachtung die Verrohung gesellschaftlicher Beziehungen im Imperialismus wieder und speist sich aus Ängsten, Unsicherheiten und der Orientierungslosigkeit vieler Menschen in einer zunehmend entfremdeten sozialen Umwelt. Die faschistischen Bewegungen versuchen sich dabei durch einen engen Bezug auf das kulturelle und nationale Erbe des jeweiligen Staates als Fortführer einer naturwüchsigen nationalen Geschichte darzustellen. Nationale Folklore und Mythen, insbesondere aber historische Traumata und vermeintliche Kränkungen, werden ausgeschlachtet und emotional neu aufgeladen, um historische Größe zu inszenieren. Die Kompromisslosigkeit und der revolutionäre Touch dieser Bewegungen verbindet romantisierende Vergangenheitsbilder mit einer rebellischen Aufbruchsstimmung, die der Tristesse und Perspektivlosigkeit

im Kapitalismus ein Ende zu setzen scheint. Auf der anderen Seite legitimiert die faschistische Ideologie verschärfte kapitalistische Herrschaft: Uneingeschränkte Solidarität mit der „eigenen“ Kapitalist:innenklasse, Entsolidarisierung mit den Lohnabhängigen „befeindeter“ Staaten, ein ausgeprägter Arbeitsfetisch, die unbedingte Autoritätsgläubigkeit und die reine Reproduktionsrolle der Frau sind Ausgangsbedingungen für einen Ausbeutungsapparat, der auf Hochtouren laufen soll. Bewegungen mit diesen Charakterzügen wurden in den Vorjahren des Faschismus in allen historischen Beispielen von Teilen des Großkapitals mitgeformt, gefördert und teilweise gezielt aufgebaut. Die maßgeblichen sozialen Träger:innen der faschistischen Ideologie waren allerdings weder das Häuflein der Vertreter des Großkapitals noch die Masse der Lohnabhängigen, geschweige denn die Arbeiter:innenbewegung – auch wenn das Proletariat nicht immun gegen faschistisches Gedankengut ist und den historischen Faschismus zu großen Teilen zumindest als passive Stütze mitgetragen hat. Es war das Kleinbürgertum. Kleinere Produzent:innen und Händler:innen, aber auch allerlei kleinere Selbstständige, Intellektuelle und Kulturschaffende befanden sich in ähnlichen Situationen, was ihr Bewusstsein in Bezug auf die Klassenverhältnisse angeht. Sie waren ideologisch in großen Teilen von der Logik und den Prinzipien des Kapitalismus geprägt, definierten sich nicht selten über ihr gesellschaftliches Prestige, waren schnell aber selber der Gefahr der Prekarisierung und einer besonderen ökonomischen Vereinzelung ausgesetzt.

Für die Ablehnung der bürgerlichen Demokratie, die mit Instabilität und Orientierungslosigkeit gleichgesetzt wird und für die selbstverständliche Unterordnung unter die Interessen von politischer Führung, Militär und Großkapital, sind die Voraussetzungen in dieser Klasse noch immer günstig. Um ihre Widersprüche zum imperialistischen Kapitalismus in fortschrittliche Kämpfe umzusetzen, ist eine proletarische Bewegung gefragt, die klare Orientierung und Möglichkeiten zur Einbeziehung schafft.

### **Faschismus und Faschisierung**

Faschismus heißt Bruch mit der bürgerlichen Demokratie. Natürlich kann sich dieser Bruch aber über einen begrenzten Zeitraum hinziehen. Für diese Phase halten wir den Begriff der „Faschisierung“

für richtig. Das waren in Deutschland die Jahre 1930-33, in denen wesentliche Teile der Herrschenden die politischen Bedingungen für die Machtübergabe an die NSDAP vorbereiteten und die faschistische Bewegung zum Machtfaktor wurde. Für falsch und irreführend halten wir es aber „Faschisierung“ als langsames Hineinwachsen in den Faschismus z. B. durch den Ausbau des Repressionsapparates und Gesetzesverschärfungen zu verstehen. Ein autoritäres System ist noch kein Faschismus, in dem es keine legalen Formen des Widerstands mehr gibt, in dem neue Organisations- und Kampfformen angesagt sind und neue politische Bündnisse in Betracht gezogen werden müssen. Mit der Qualität der Herrschaft ändert sich auch die Qualität des Widerstandes. Um das richtig zu erkennen, brauchen wir auch begriffliche Klarheit. ■





**Antifa  
heißt  
Angriff.**



---

**Lautstarker Protest, Blockaden, direkte Angriffe:  
Antifaschistischer Protest hat viele Formen -  
notwendig sind sie alle.**

# Antifaschistischer Kampf

# 4

44

**Mit einigen grundlegenden Thesen möchten wir im folgenden Abschnitt umreißen und begründen, wie wir uns die Rahmenbedingungen antifaschistischer Politik im revolutionären Aufbauprozess vorstellen.**

## **Offensive Abwehr und Selbstschutz**

Die Verankerung rechter Ideologien und die Präsenz dazugehöriger politischer Strukturen und Trägerfiguren in der Gesellschaft verstehen wir als direkte Bedrohung für jede Form fortschrittlicher, klassenkämpferischer und revolutionärer Politik. Die Ausgrenzung und Verachtung von Teilen der Klasse, die Ethnisierung von sozialen Widersprüchen und die Gegnerschaft zu allen Ansätze fortschrittlicher Politik sind immer mit konkreter Praxis verbunden – ganz gleich, ob AfD-Demo, alltägliche Diskriminierung Geflüchteter oder der Faschomob vor dem autonomen Jugendzentrum. In allen Fällen wird rechtes Gedankengut zur Bedrohung und der Kampf um Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmung damit unmittelbar in Frage gestellt. Unser Angriffspunkt ist daher nicht nur die Ideologie, sondern gerade die rechte Praxis.

Die Konzentration darauf, den Rechten auf der Straße und überall dort, wo sie ins Handeln kommen, entgegenzutreten, ist wesentlich, um Handlungsräume, Artikulations- und Einflussmöglichkeiten für linke und revolutionäre Bewegungen zu verteidigen.

Die Abwehr von staatlichen Verschärfungen und Maßnahmen der präventiven Aufstandsbekämpfung (Verschärfung von Polizeigesetzen, Überwachung, Militarisierung im Inneren) muss einen Teil dieser Politik bilden, die mit selbstbestimmter Praxis und Organisation das Gewaltmonopol und die politische Hegemonie des bürgerlichen Staates in Frage stellt. Es ist nicht so, dass der antifaschistische Kampf alle Betroffenen staatlicher Verschärfungen zusammenbringt. Aber: Alle Kräfte, die sich im praktischen Kampf gegen Rechts befinden, stehen mal mehr, mal weniger offen im Widerspruch zum staatlichen Bemühen, aufkommende politische Auseinandersetzungen in fest kontrollierte, zivilgesellschaftliche und parlamentarische Bahnen zu lenken und schließlich verpuffen zu lassen. Wir sollten uns bemühen, dieses Potenzial, das sich aus konkreten Widerspruchserfahrungen der Praxis (Prügelbullen bei Naziaufmärschen, behördliche Gängelung gegen Versammlungen etc.) ergibt, aufzufangen und in Zusammenhang mit Repressionserfahrungen aus anderen gesellschaftlichen Kämpfen zu stellen.

### **Klassenstandpunkt und Einheitsfront**

Antifaschismus ist Klassenpolitik. Wir gehen davon aus, dass der politische

Charakter des antifaschistischen Kampfes sich in erster Linie aus den sozialen Kräfteverhältnissen im Faschismus an der Macht ableitet. Im Aufbau eines effektiven politischen Widerstandes gegen heutige faschistische und reaktionäre Bewegungen geht es uns darum, bereits die sozialen Kräfte anzusprechen, auf deren Kosten der Faschismus errichtet wird, deren materielle Lebensbedingungen im Faschismus vollends den Kapitalinteressen untergeordnet werden, deren eigentliche Interessenartikulation im Faschismus mit allen Mitteln unterbunden wird, sofern sie nicht im Interesse der herrschenden Klasse verformt wird (materielles Profitieren am Rassismus, Hauptfeind wird in anderen Ländern gesehen). Das bedeutet möglichst breit in der Arbeiter:innenklasse zu mobilisieren. Darüber hinaus geht es aber auch um die Aktivierung von fortschrittlichen Kräften mit kleinbürgerlichem Hintergrund, um Menschen, die von Rassismus und reaktionärer Ausgrenzung betroffen sind, um überzeugte Demokrat:innen, Humanist:innen. Der gemeinsame Nenner für eine strategische und fruchtbare Bündnisarbeit ist die Erkenntnis, dass die Rechten die bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse weiter verschärfen und die Konsequenz daraus, sich sowohl gegen die Rechten, als auch gegen die Verschärfungen zur Wehr zu setzen. Die Bedeutung von Solidarität unter den Betroffenen kapitalistischer Krisensymptome und das Verständnis der systemstabilisierenden Rolle chauvinistischer und rassistischer Weltbilder können die zentralen Zusammenhänge sein, die die Grundlage einer strategischen

Zusammenarbeit bereiten. Antifaschistische (Aktions-)Bündnisse können durchaus noch weiter reichen und liberale Teile des bürgerlichen Spektrums mit umfassen, solange wir uns weder in der Vermittlung von antikapitalistischen Positionen einschränken lassen, noch unsere komplette Praxis den Spielregeln bürgerlicher Politik anpassen. Die Gratwanderung zwischen bündnikompatibler Kompromissfähigkeit und selbstbestimmtem Auftreten ist nicht nur zähes Diplomatiegeschäft, sondern bietet uns immer wieder Raum, die eigenen Ansprüche in Diskussionen verständlich zu machen und selber ein Verständnis für die aktuelle Vermittelbarkeit einer kämpferischen Praxis zu bekommen.

46

Das Konzept der „Einheitsfront“ der Arbeiter:innenklasse - linke Sozialdemokratie und Kommunist:innen (auch andere sozialistische und klassenkämpferisch-anarchistische Teile der Klasse) gegen den Faschismus bietet uns nach wie vor eine wichtige strategische Orientierung. Nach den Erfahrungen des deutschen Faschismus sollte klar sein, dass ein antifaschistisches Programm für die gesamte Klasse, welches Praxis, Organisierungsmöglichkeiten und zumindest grobe Orientierungslinien einer gemeinsamen Taktik enthält, im Kampf gegen

die Barbarei unverzichtbar ist. Die unterschiedlichen Umsetzungen der „Antifaschistischen Einheitsfront“ und auch die kurzen historischen Versuche von Volksfronten (in den 1930er Jahren etwa in Frankreich und Spanien), die klassenübergreifend und unter Beteiligung von Revolutionär:innen eine handlungsfähige Verteidigung demokratischer Errungenschaften und Arbeiter:innenrechte gegen den drohenden Faschismus organisieren sollten, zeigen, dass der antifaschistische Kampf eigene politische Strategien hervorgebracht hat, die aber auch Gefahren beinhalten. Beide wurden und werden von Teilen der Linken nicht als Kampfphasen, die von offensichtlichen Schwächen geprägt waren, verstanden, sondern zu allgemeinen Revolutionstheorien umgedeutet, die nicht den Aufbau von eigenständiger revolutionärer Organisation in der Klasse und den Sturz des bürgerlichen Staates in den Fokus rücken. Sie haben Anteil daran, dass „antimonopolistische“ Stoßrichtungen vorgegeben und reformistische Ansätze mitgetragen werden, um Klassen- und sogar klassenübergreifende Einheit nicht zu gefährden.



Wir begreifen es als unsere Hauptaufgabe, die Organisierung eines selbstorganisierten und klassenbezogenen Antifaschismus voranzubringen, ohne aber den Anspruch aufzugeben, ins Kleinbürgertum hereinzuwirken und seine aktiven Teile miteinzubeziehen. Antifaschistische Einheitsfrontpolitik verstehen

wir als Ansatz, um das objektive antifaschistische Interesse der Lohnabhängigen in eine organisierte und breit angelegte Praxis umzusetzen und dafür eigene Strukturen und Mobilisierungen zu schaffen. Die Einheit sollte nicht darin bestehen, voll in dieser Politik aufzugehen, sondern die Beschränktheiten und Widersprüche anzuerkennen, um einen breiten politischen Rahmen für bewusst gewählte gemeinsame Projekte, aber auch für verschiedene Kampfformen und Initiativen zu schaffen. Der Fokus auf Kooperation und Einverständnis mit liberaleren Teilen der Herrschenden und das Verschmelzen mit den Teilen der Klasse, die sich im Kapitalismus weitgehend eingerichtet haben (Sozialdemokratie, Gewerkschaftsführungen...), kann kurzfristige Mobilisierungserfolge bewirken, führt den Kampf aber in eine Sackgasse. Die Bewahrung der Eigenständigkeit und des Antagonismus revolutionärer

Bewegung hat eine große Bedeutung - in jedem Kampffeld.

### **Antikapitalistischer Teilbereichskampf**

Faschismus ist eine Form kapitalistischer Klassenherrschaft und bleibt sowohl Herrschaftsoption, als auch ideologische Bedrohung, solange der Kapitalismus besteht. Hinter diese Feststellung darf antifaschistische Politik aus revolutionärer Perspektive nicht zurückfallen - allerdings ohne vorauszusetzen, dass alle Akteur:innen und Bündnispartner:innen im antifaschistischen Kampf diese Erkenntnis vollends teilen. Gleichzeitig ist Antifaschismus eben nur einer der verschiedenen Kämpfe, die zur Überwindung des Systems notwendig sind. Das heißt er ist begrenzt aber auch speziell, er beinhaltet eigene Notwendigkeiten, denen ein allgemeiner antikapitalistischer Anspruch nicht gerecht wird. Dazu zwei Punkte:

- Die hauptsächliche Vermittlung revolutionären Bewusstseins, der Perspektiven der Arbeiter:innenklasse in einer sozialistischen Revolution und der notwendigen Schritte auf dem Weg dorthin, findet im Besonderen in sozialen Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfen statt, bei denen die materiellen Interessen der Lohnabhängigen im offenen Widerspruch zu den Plänen des Kapitals stehen, zu dessen politischen Vertretungen und zu den Notwendigkeiten der herrschenden Produktionsverhältnisse stehen. Es ist nicht zielführend, diesen Anspruch auf den Antifaschismus zu projizieren und damit an antifaschistische Politik



und Organisation den Anspruch zu stellen, „revolutionär“ zu sein, also den Weg zur Revolution zu bereiten.

- Ebenso wenig verstehen wir Antifaschismus als einen antikapitalistischen Kampf unter vielen, die nur „intersektional“ miteinander verbunden werden müssten, um revolutionäre Bewegungen und Perspektiven zu schaffen. Die Verbindung von Kämpfen ist natürlich eine gute Sache. Jeder politische und soziale Kampf steht aber in einem eigenen Verhältnis zum Klassenkampf, mobilisiert ein bestimmtes Spektrum, schafft ein bestimmtes Bewusstsein und steht in einem bestimmten Widerspruch

zur herrschenden Klasse. Es ist wenig wahrscheinlich, dass ein Aufaddieren dieser unterschiedlichen Auseinandersetzungen zu einer Revolution führt, die einen kollektiven sozialistischen Prozess in Gang bringt. Für wahrscheinlicher halten wir es, diese Perspektive möglich zu machen mit eigenständiger revolutionärer Organisation und einer auf den Bruch ausgerichteten politischen Linie, die jeden Kampf mit seinen besonderen Voraussetzungen miteinbezieht. Dabei kann es nicht darum gehen, dass jeder Protest und Widerstand „gleich wichtig“ ist, weil jeder seine Berechtigung hat. Stattdessen geht es immer um die konkrete und die perspektivische Rolle,



die ein Kampf für den Aufbau unserer Seite und in revolutionären Umwälzungen spielen kann. Diese Linie ist ein kollektives Element, das die Gemeinsamkeit der Kämpfe nicht im Abstrakten hält im Sinne von: „Wir sind alle widerständig“, sondern schon auf recht konkrete gemeinsame Ziele im Aufbau von proletarischer Gegenmacht und in der Konfrontation mit den Herrschenden hinführt. Dieser Ansatz schärft das Verständnis dafür, auch im antifaschistischen Kampf sehr bewusst Elemente (Kampfformen, spezielle Fähigkeiten) zu entwickeln, die über das Kampffeld hinaus Bedeutung haben.

### **Primat der Praxis**

Eine wesentliche Stärke des antifaschistischen Kampfes liegt in seiner praktischen Aktionsfähigkeit. Die unmittelbare Erfahrbarkeit des antifaschistischen Kampfes, insbesondere auf der Straße, aber auch in Lehranstalten und Betrieben, führt zu greifbaren Erfolgen. Sicherlich handelt es sich dabei, verglichen mit der starken allgemeinen Rechtsentwicklung, zumeist um „Kleinigkeiten“: Verhinderung/Blockade einzelner Veranstaltungen, Rückzüge von einzelnen Rechten nach Outings und Angriffen, Deutungshoheit über bestimmte Situationen usw... Allerdings wird die politische Relevanz einer antifaschistischen Bewegung auf genau diesen Erfolgen im Kleinen bauen - auf der Fähigkeit politische Ansprüche soweit wie irgendwie möglich auch umzusetzen, die eigene Praxis im Anschluss auszuwerten und wieder nachvollziehbar in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang einzuordnen.

Dabei auf gemachten Erfahrungen aufzubauen, aus Fehlern Konsequenzen zu ziehen, wichtige Erkenntnisse zu verallgemeinern und diskutierbar zu machen sorgt für Orientierung in die Bewegung hinein und dafür, dass angeeignete Erfahrungen und Fähigkeiten nicht verloren gehen.

Schon im Kleinen und von Beginn an halten wir es für notwendig, die verschiedenen Ebenen antifaschistischer Praxis zu beachten und nicht gegeneinander abzuwägen. Genauso wie wir nur durch die ständige Erprobung und Überprüfung unserer Arbeit zur Verbesserung von Bündnisaktivitäten, Mobilisierungsfähigkeit, öffentlichen Auftritten und unserer medialen Darstellung kommen, gilt es auch die direkte Konfrontation mit den Faschist:innen und anderen rechten Kräften - den offensiven Selbstschutz - als Arbeitsfeld zu begreifen, in dem die Bewegung durch ständige Lernprozesse in der Praxis voran kommen muss. Eine Kampagne, die sich direkt gegen den politischen Feind richtet, kann noch so professionell aufgezogen sein - sie hat wenig Wert, wenn sie nicht den Anspruch hat, ihm auch konkreten Schaden zuzufügen.

Eine militante antifaschistische Praxis

- ist notwendigerweise Teil des Kampfes gegen eine militante und zunehmend militarisierte Naziszene,
- ist allen historischen Erfahrungen nach die ausschlaggebende Ebene des Kampfes, wenn es darum geht, Naziaktivitäten zu beenden,
- bereichert den Erfahrungsschatz aller politischen Bewegungen und schafft Bewusstsein, indem sie den Bruch mit dem staatlichen Gewaltmonopol konkret macht.

## Gegen den bürgerlichen Staat

Dass der bürgerliche Staat für uns kein Ansprechpartner oder „Schiedsrichter“ im antifaschistischen Kampf sein kann, sollte bis zu dieser Stelle deutlich geworden sein. Die Einigkeit in diesem Punkt ist aber noch nicht alles. Es gibt in der linken Bewegung im Grunde zwei vereinfachende Fehleinschätzungen zur Rolle des bürgerlichen Staates in Bezug auf die faschistische Gefahr:

- Das reine Marionetten-Regime: Der bürgerliche Staat ist kein einheitlicher Block, der im direkten Auftrag der führenden Kapitalfraktionen ständig am Aufbau faschistischer Kräfte arbeitet, die zum Zeitpunkt X in der kapitalistischen Krise bereit stehen, um die bürgerliche Herrschaft mit einem entsprechenden Regime zu retten.
- Der unabhängige kapitalistische Sachverwalter: Der bürgerliche Staat ist nicht nur „ideeller Gesamtkapitalist“ und Integrationsinstrument, der für den Interessenausgleich zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen, Lohnabhängigen und Kleinbürgertum sorgt und sich ansonsten im Sinne der eigenen Rechtsordnung neutral verhält.

Es ist komplexer. Den einflussreichsten Kapitalfraktionen geht es in erster Linie um politische Stabilität, die aktuell vor allem durch bürgerlichen Interessenausgleich und in zweiter Linie auch durch einen stark aufgestellten Repressionsapparat gewährleistet wird. Gegen diese Vormachtstellung

regt sich das konkurrierende Lager am rechten Rand von CDU/CSU und in der AfD, das die Stärke und die Unberechenbarkeit rechter Massenbewegungen durchaus als Druckmittel für weitere Verschiebungen nach rechts zu nutzen weiß. Gleichzeitig sind es Teile des Staatsapparates selbst, die offenen Kontakt zu faschistischen Bewegungen pflegen und mit finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen direkte Unterstützung leisten, ohne dabei ernsthaft auf Widerstände aus den eigenen Reihen zu stoßen. Auch die Repression gegen Rechts hält sich, gemessen an der Qualität der faschistischen Militanz und im Vergleich mit der Verfolgung von Linken, in Grenzen.

Für uns heißt das: Der bürgerlich-demokratische Staat ist ein Kampffeld der Herrschenden, das auf unterschiedliche Ansätze und Strategien zur Bewältigung der kapitalistischen Krise zugeschnitten werden kann. Obwohl wir im antifaschistischen Kampf auf diesem Terrain wenig zu gewinnen haben, liegt es durchaus in unserem Interesse, mit Bewegungen von unten größeren Druck aufzubauen, um Rechten und Faschist:innen so viele Probleme wie möglich zu bereiten. Das darf aber nicht dem hauptsächlichen Anliegen entgegenstehen, antifaschistische Kräfte davon abzubringen, auf den Staat zu vertrauen.

Die Erkenntnis, dass der Staat kein Interesse an einer aktiven antifaschistischen Politik (noch weniger an einer solchen Bewegung) hat, ist wesentlich, auch wenn die Rechten für einige bürgerliche Kräfte durchaus ein größeres Problem darstellen.

## Politische Bündnisse

Im Kampf gegen Nazis sammeln und engagieren sich viele Linke und Linksliberale, die es als vorrangige Aufgabe begreifen, Menschen symbolisch zusammenzubringen, öffentlichkeitswirksame politische Akzente zu setzen oder konkrete Unterstützungsarbeit für Betroffene zu leisten. Dieses Spektrum ist eine wichtige Basis für unsere Politik und in der Lage, grundlegend richtige Positionen wie Antirassismus, Solidarität statt Ausgrenzung, Ablehnung der Verrohung des sozialen Miteinanders, Geschichtsbewusstsein und die Notwendigkeit politischer Einmischung in die Breite zu vermitteln.

Problematisch ist, dass diese Politik oft moralisch und mit einem linksliberalen Wertekodex begründet ist. Dieser Zugang zu Antifaschismus ist zwar wichtig, er aktiviert aber in erster Linie ein privilegierteres gesellschaftliches Spektrum, weil er den Kampf gegen Rechts nicht mit den konkreten Problemen und Interessen in der Klasse zusammenbringen kann. Er ist darüberhinaus meistens darauf angelegt, bürgerliche Politik progressiv zu beeinflussen - zu großen Teilen sicher nicht aus voller Überzeugung, sondern weil erfolgsversprechende Alternativen fehlen. Diese Nähe zum staatstragenden Antifaschismus, der dem bürgerlichen Staat die aktive Rolle und damit auch die politische Deutungshoheit bei der Bekämpfung des rechten Lagers überlässt, ist vor allem gefährlich, weil sie dazu tendiert Spaltungen anhand der Fragen „Gewalt“ oder „Extremismus“ zu provozieren.

Weder ist die politische Ausrichtung der zivilgesellschaftlich orientierten Anti-Nazi-Arbeit einheitlich, noch sind die Positionen der Kräfte unveränderlich. Die gemeinsame Arbeit sollte also nicht nur einen pragmatischen Charakter haben, sondern auch für politische Auseinandersetzungen genutzt werden:

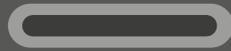
- Über den Klassencharakter der rechten und faschistischen Gefahr
- über die Fallstricke von Forderungen an den Staat (Passivität, Staatsgläubigkeit),
- über die Rolle des Staates im Kampf gegen Rechts (Entpolitisierung, Kontrolle, Abgrenzung nach Links),
- über die Notwendigkeit von Aktionsformen auf verschiedenen Ebenen.

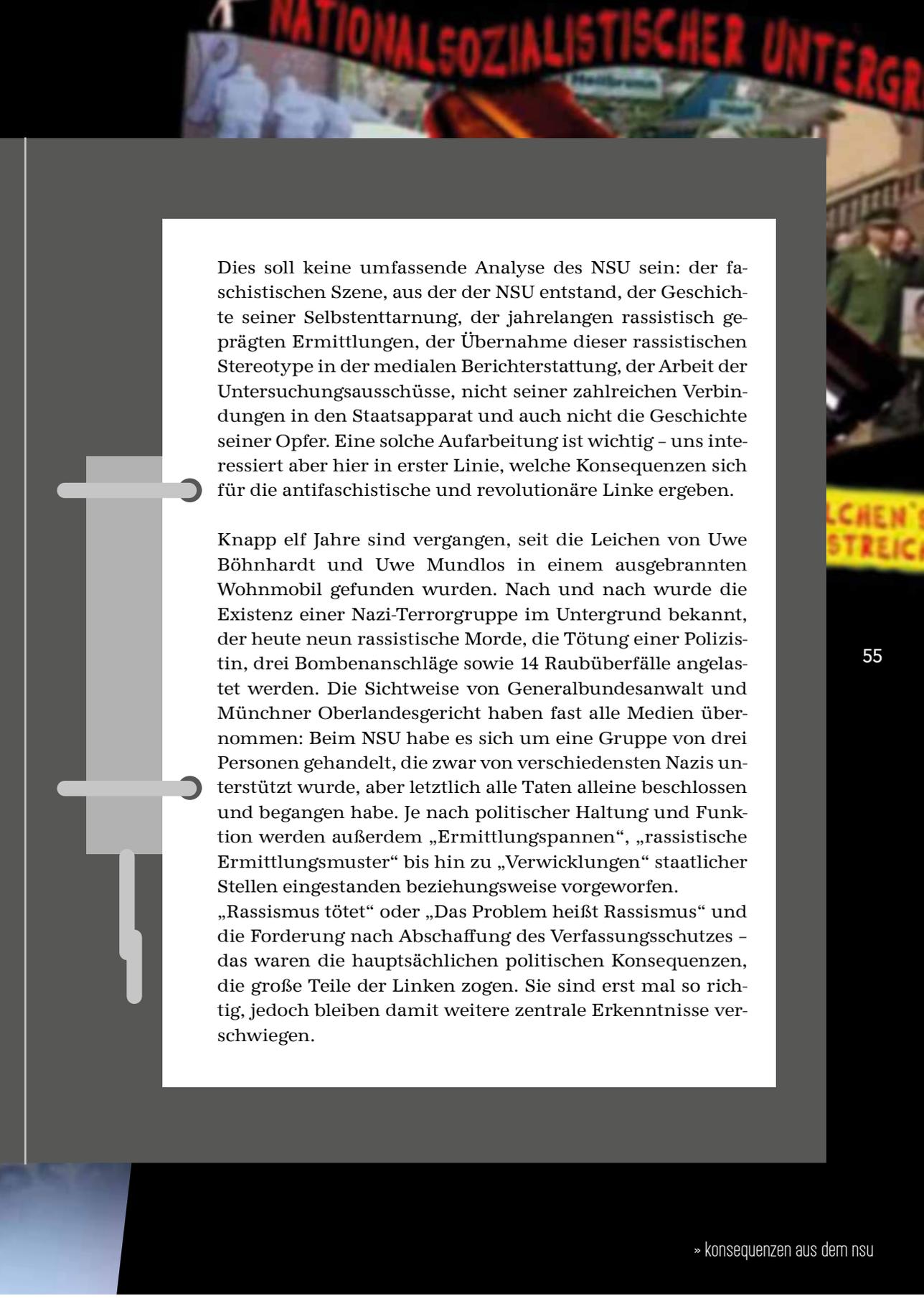
Jeder ernsthafte Beitrag im antifaschistischen Kampf verdient Würdigung, aber auch eine ehrliche Einschätzung. Es gilt also mit Respekt und politischer Klarheit zusammenzuarbeiten, die Einheit an den richtigen Punkten zu suchen und einen solidarischen Umgang mit Widersprüchen zu entwickeln. ■



Konse  
aus d

sequenzen  
em NSU





Dies soll keine umfassende Analyse des NSU sein: der faschistischen Szene, aus der der NSU entstand, der Geschichte seiner Selbstenttarnung, der jahrelangen rassistisch geprägten Ermittlungen, der Übernahme dieser rassistischen Stereotype in der medialen Berichterstattung, der Arbeit der Untersuchungsausschüsse, nicht seiner zahlreichen Verbindungen in den Staatsapparat und auch nicht die Geschichte seiner Opfer. Eine solche Aufarbeitung ist wichtig – uns interessiert aber hier in erster Linie, welche Konsequenzen sich für die antifaschistische und revolutionäre Linke ergeben.

Knapp elf Jahre sind vergangen, seit die Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in einem ausgebrannten Wohnmobil gefunden wurden. Nach und nach wurde die Existenz einer Nazi-Terrorgruppe im Untergrund bekannt, der heute neun rassistische Morde, die Tötung einer Polizistin, drei Bombenanschläge sowie 14 Raubüberfälle angelastet werden. Die Sichtweise von Generalbundesanwalt und Münchner Oberlandesgericht haben fast alle Medien übernommen: Beim NSU habe es sich um eine Gruppe von drei Personen gehandelt, die zwar von verschiedensten Nazis unterstützt wurde, aber letztlich alle Taten alleine beschlossen und begangen habe. Je nach politischer Haltung und Funktion werden außerdem „Ermittlungsspannen“, „rassistische Ermittlungsmuster“ bis hin zu „Verwicklungen“ staatlicher Stellen eingestanden beziehungsweise vorgeworfen.

„Rassismus tötet“ oder „Das Problem heißt Rassismus“ und die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes – das waren die hauptsächlich politischen Konsequenzen, die große Teile der Linken zogen. Sie sind erst mal so richtig, jedoch bleiben damit weitere zentrale Erkenntnisse verschwiegen.



### **Nazis morden**

Dass Rassismus mörderische Konsequenzen hat, ist ein wesentlicher Grund, warum Antifaschist:innen seit Jahren und mit großer Ausdauer die Faschist:innen bekämpfen: Wir versuchen ihnen alle Spielräume zu nehmen und nehmen selber dafür Repression, Knast und häufig auch die Gefahr ernstester Verletzungen in Kauf. Dass auch die Polizei nach rassistischen Kriterien ermittelt, ist zumindest für die Linken, die ihre eigenen Parolen ernst nehmen, keine Neuigkeit und immer wieder neu belegt.

Wo Faschist:innen sich organisieren, bilden sie über kurz oder lang immer auch bewaffnete bzw. terroristische Strukturen, die ihre menschenverachtende und rassistische Ideologie konsequent in die Tat umsetzen. In der Bundesrepublik gab es immer Nazi-Strukturen, die den bewaffneten Undergroundkampf propagierten und organisierten. Auch in den 1990er Jahren diskutierten Nazis die Bildung terroristischer Zellen und die „leaderless resistance“-Strategie. Die Entstehung des NSU aus dem „Thüringer Heimatschutz (THS)“ in dieser Phase ist ein typisches Beispiel für die immer wieder zu beobachtende Radikalisierung der Nazi-Szene. Antifaschist:innen sehen sich also stets einem mehr oder weniger großen Gegner gegenüber, der über Waffen verfügt und bereit ist, sie jederzeit gegen seine Feindbilder und Gegner:innen einzusetzen.

### **Der bürgerliche Staat bekämpft nicht die Nazis, sondern will die Kontrolle ausüben**

Der bürgerliche Staat gewährleistet keinen Schutz vor faschistischen Angriffen und Terror – 13 Jahre NSU und neun rassistische Morde, die den Opfern und der migrantischen



Community in die Schuhe geschoben wurden, sind ein drastischer Beweis dafür. Man muss darauf hinweisen, dass hier die größte Sonderkommission in der Geschichte der BRD zehn Jahre lang scheinbar erfolglos ermittelte.

Die Verfassungsschutz-Behörden hatten in den 1990er Jahre die Nazi-Szene mit Quellen durchsetzt. Die führenden faschistischen Kader arbeiteten damals flächendeckend als V-Leute für den Verfassungsschutz, wie wir heute wissen. Dieser Geheimdienst hat erklärtermaßen nicht die Aufgabe, Straftaten aufzuklären, sondern radikale politische Bewegungen zu beobachten - und somit unter Kontrolle zu behalten und zu steuern.

Der NSU war zumindest in seiner Entstehung unter geheimdienstlicher Beobachtung und wurde von V-Leuten unterstützt. Zwischen 1998 und 2011 waren bis zu 43 Spitzel deutscher Sicherheitsbehörden im näheren und weiteren Umfeld des NSU positioniert. Der V-Mann des LKA Berlin, Thomas Starke, lieferte Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe schon vor dem Untertauchen TNT und organisierte das erste Versteck für das illegale Trio in Chemnitz. Der Chef des THS Tino Brandt war gleichzeitig V-Mann „Otto“ des Thüringer VS und lieferte 1999 im Auftrag des Geheimdienstes 1.800 DM, um falsche Pässe für die Untergetauchten zu besorgen. Später beschäftigte der V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz Ralf Marschner („Primus“) laut Zeugenaussagen Uwe Mundlos in seiner Baufirma. Carsten Szczepanski berichtete als V-Mann „Piatto“ 1998 dem VS Thüringen von Waffenbeschaffung für die Untergetauchten. Als Szczepanski durch eine SMS eines NSU-Unterstützers belastet wurde, am Waffendeal beteiligt zu sein (sein Handy wurde von der Polizei überwacht), kam es zu einem nächtlichen Krisentreffen im Brandenburger Innenministerium mit Vertretern der Verfassungsschutzämter Thüringen und Sachsen. Der



Inhalt der Besprechung ist bis heute nicht bekannt. Der NSU konnte jedoch in den folgenden Jahren ungehindert morden, Bomben legen und Banken ausrauben.

Es lässt sich heute nicht gesichert mit Fakten belegen, inwieweit und wie lange Geheimdienste und Polizeibehörden – oder nur Teile davon – die NSU-Struktur bewusst entstehen und operieren ließen, im Glauben die Nazis „unter Kontrolle“ zu halten, ob irgendwann die Kontrolle entglitt oder man die Operation unter den Teppich kehren wollte, um die Verantwortlichen zu schützen. Tatsache ist: Der Verfassungsschutz hat wichtige Informationen für die Fahndung nicht an die Polizei weitergeleitet. Nach der Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2011 vernichteten Verfassungsschutzämter hunderte von Akten, um die Aufklärung des NSU-Terrors zu verhindern. Der ehemalige Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Klaus-Dieter Fritsche sprach das Motiv in einem Untersuchungsausschuss klar aus: „Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren.“ Wir dürfen uns von einer nun teilweise härteren Gangart gegen Gruppen wie die „Oldschool Society“, „Gruppe Freital“ oder „Revolution Chemnitz“ nicht täuschen lassen. Für diesen Staat sind mordende Nazis kein Problem, er lässt sie im Zweifel gewähren. Der Kampf gegen organisierten Faschismus muss daher auch den Kampf gegen den bürgerlichen Staat und seinen Sicherheitsapparat einschließen.

### **Weder Staatsgläubigkeit noch Verschwörungsfantasien**

Eine Linke, die den NSU-Komplex ausschließlich auf mörderischen Rassismus und unkontrollierte Geheimdienste reduziert, schaut bewusst weg, um das eigene Bild des bürgerlichen Staates als möglichem Bündnispartner im antifa-





schistischen Kampf nicht zu gefährden und weil sie sich vor der Konsequenz scheut, gegen den Staat kämpfen zu müssen.

Das andere Ende der Fahnenstange bilden jene, für die der NSU eine vollständig von Geheimdiensten gelenkte Gruppe ist. Für sie hätte der NSU als „deutsche Gladio-Struktur“ im Interesse des Kapitals eine Strategie der Einschüchterung gegenüber Migrant:innen verfolgt. Das ist wildeste Spekulation, denn zum einen gibt es keine Belege für eine direkte Führung der Mörderbande durch den Staat. Wie oben ausgeführt: der NSU verübte rassistische Morde, weil es Nazis waren! Es fehlt auch schlicht das Motiv. In der Zeit zwischen 2000 und 2006 wurden unter anderem die Hartz-Gesetze zwar mit Protesten, aber in relativer gesellschaftlicher Ruhe umgesetzt. Dass hier ein besonderes Kapital- und Staatsinteresse an der Einschüchterung der migrantischen Communities bestanden hätte, ist extrem spekulativ und in sich unlogisch. Die lohnabhängige Klasse war zwar damals einem gewaltigen Angriff auf ihre Lebensbedingungen (Lohnniveau, Privatisierungen) ausgesetzt. Doch zu einer rassistischen Spaltung taugten die damals ja unerklärbaren Morde wohl kaum. Dafür eignet sich eine entsprechende Kampagne über bürgerliche Medien, die Vorurteile schürt, allemal besser.

Zwar ist die Existenz von Gladio bzw. „Stay behind“-Strukturen bewiesen. Im Kalten Krieg bauten Geheimdienste der NATO in westeuropäischen Ländern antikommunistische, paramilitärische Organisationen auf. Dafür wurden vor allem Alt- und Neonazis rekrutiert bzw. ihre Strukturen eingebunden. Die Kämpfer erhielten Ausbildung und Waffen und sollten im Falle eines sowjetischen Einmarschs aktiv werden. Tatsächlich verübten „Stay behind“-Gruppen terroristische Anschläge, die erst Jahre später aufgeklärt wurden. Im Kalten Krieg war das unmittelbare Interesse der herr-



schenden Klasse daran klar: die Angst vor dem Kommunismus und der Kampf gegen Linke. So wurden z. B. für den Bombenanschlag 1980 auf den Bahnhof von Bologna mit 85 Toten jahrelang die „Roten Brigaden“ verantwortlich gemacht. Erst später wurde das Attentat als „false flag“-Aktion der faschistischen Loge „P2“ und des Geheimdiensts entlarvt. Beispiele in der Gegenwart finden sich in der Türkei: Etwa die Bombenanschläge auf linke Rojava-Aktivist:innen in Suruc und auf eine linke und kurdische Friedensdemo in Ankara 2015. Die Vermutungen über Verbindungen des türkischen Staates zu den islamistischen Selbstmordattentätern konnten inzwischen belegt werden.

Im Fall des NSU liegt der Fall wohl eher anders. Am wahrscheinlichsten ist: Es gab und gibt innerhalb der Geheimdienste ein Interesse daran, Nazi-Strukturen zu beobachten, nicht zu zerschlagen, sondern kontrollierbar zu halten, auch um Linke unter Druck zu setzen. In erster Linie erfolgt das durch V-Leute, an deren Einsatz auch die Aufarbeitung des NSU nichts Wesentliches geändert hat. Grundsätzlich glaubt ein Teil des Sicherheitsapparates, auch militante und terroristische Bestrebungen kontrollieren zu können, möglicherweise als Übungs- oder Forschungsobjekt und in der vermeintlichen Sicherheit, jederzeit eingreifen zu können, falls es politisch opportun ist. Beim NSU ist dieser vom Staat begleitete Terrorismus zumindest für die Entstehungsphase belegt. Das Verfahren der Sicherheitsbehörden im Fall NSU zeigt deutliche Parallelen zum Umgang mit der rechtsterroristischen „Combat 18“-Struktur in Deutschland auf. Bereits der NSU orientierte sich an den Strategien von „C18“. Trotz Waffenbeschaffung und Schießtrainings in Tschechien, trotz Morddrohungen gegen Journalisten - die bekannten Mitglieder von „Combat 18“ Deutschland wurden lange auf wundersame Weise von Terrorermittlungen verschont und





Ex-Innenminister Seehofer warnte sie öffentlich, sich rechtzeitig auf ein Verbot vorzubereiten. Als Ende 2019/Anfang 2020 dann das Verbot von „Combat 18“ erfolgte, wurden ihnen anhängende Strukturen wie die „Brothers of Honour“ oder die „Brigade 8“ nicht angetastet. Die Tatsache, dass mit „Combat 18 Deutschland“ der bewaffnete Arm von „Blood & Honour“ erst 20 Jahre nach dem Verbot der Hauptorganisation angegangen wurde und das umfangarme Ausmaß des Verbots legen den Verdacht nahe, dass am Ende hier wieder V-Leute im staatlichen Schutz die terroristisch orientierten Rechten anziehen sollten um sie vermeintlich kontrollieren zu können.

Eine neue Dimension faschistischer Bedrohung aus dem Staatsapparat heraus bilden aktuell die Zellen in Polizei und Bundeswehr, die Waffen sammeln und Todeslisten von Linken und Migrant:innen führen: Frankfurter Polizist:innen, die als „NSU 2.0“ die Anwältin eines NSU-Opfers bedrohen. Das „Hannibal“-Netzwerk aus Uniter, „Nordkreuz“ etc., in dem Bundeswehr-Elitesoldaten, SEK-Veteranen und Neonazis sich auf den „Tag X“ vorbereiten. Rechte Bundeswehrsoldaten wie Franco Albrecht und Tobias Lipski flogen mit Anschlagplänen auf. Antifaschist:innen müssen diese Strukturen ebenfalls auf der Rechnung haben. Denn sie haben Zugang zu Waffen und zu Informationen der Sicherheitsbehörden über aktive Linke.

### **Was ergibt sich aus alledem für die revolutionäre Linke?**

Erstens sicher, dass die personellen Kontinuitäten aus der Zeit des Faschismus, die in der Frühphase der BRD innerhalb der Repressionsorgane und der Justiz sichtbar waren, in anderer Form in Teilen des Exekutivapparates weiterleben. Es gibt weiterhin eine rassistische und antikommunis-

tische Grundlinie, die jede Illusion in die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, jedes Hoffen auf Polizei und Justiz im antifaschistischen Kampf, begraben sollte. Der bürgerliche Staat ist und bleibt – auch wenn er qualitative Unterschiede zum Faschismus aufweist – für den Antifaschismus kein Verbündeter, sondern Gegner!

Zweitens muss das taktische Verhältnis des Staates zu militanten Nazis und die grundsätzlich vorhandene Existenz eines mordenden „tiefen Staates“ auch für die Art unserer Organisationsformen Konsequenzen haben. Es gilt, die eigenen Strukturen möglichst weitgehend abzusichern. Uns muss bewusst sein, dass wir unsere Seite nicht nur gegen rechte Hetzer und Straßenschläger aufbauen müssen, sondern gegen mehrere Gegner, die durchaus in der Lage sind, strategisch zu agieren und bei entsprechendem Druck wohl vor wenig zurückschrecken. Nicht zuletzt gibt es keinen Grund, uns einschüchtern zu lassen. Antifaschismus ist Teil des revolutionären Aufbauprozesses. Als solcher muss er die auch gewalttätigen Reaktionen des Gegners mitdenken und sich entsprechend vorbereiten. Klug, umsichtig, ausdauernd und mit der nötigen Konsequenz.





**Das heißt  
für uns...**



WER REICHT WÄHLT,  
WER WÄHLT  
TOTE IM  
MITTELMEER

#NOPOLGBW  
Demo am 13. Juli  
in Stuttgart

WER REICHT WÄHLT,  
WER WÄHLT  
ARBEITEN BIS  
IM UMFALLEN

GBW  
3. Juli  
gart

ORGANISIEREN!



Schlagen! —————  
Kapitalismus überwinden! —————

Antikapitalistischer Block auf einer Bündnis-Demonstration zur Europawahl 2019 in Karlsruhe: Klar antikapitalistischer Standpunkt statt reformistischem „BlaBla“.

# 5 Organisatorische Konsequenzen

66

**In den vorangegangenen Kapiteln haben wir bereits angedeutet, mit welchen Aussichten und politischen Grundlagen wir an das Kampffeld Antifaschismus herantreten. Wir gehen davon aus, dass eigenständige und spezialisierte Kampforganisationen notwendig sind, um den Kampf gegen Rechts langfristig zu organisieren. Sie können ein relativ weites Spektrum an klassenkämpferischen und antikapitalistischen Genoss:innen mit ähnlichen Herangehensweisen zusammenbringen, die aber längst nicht die gleichen Vorstellungen von revolutionären Strategien und Perspektiven verinnerlicht haben müssen. Im folgenden Abschnitt umreißen wir mit einigen konkreten Vorschlägen, was das für unser Verständnis der Arbeit und der Strukturierung antifaschistischer Teilbereichsorganisationen bedeutet.**

## **Spezialisierung in Arbeitsfeldern**

Der Kampf gegen Rechts ist weder mit politischen Allgemeinplätzen, noch alleine mit großer Mobilisierungs- und Agitationsfähigkeit zu gewinnen. Nötig ist ein möglichst genaues Wissen über den politischen Gegner und seine Einflussphären, die Einordnung seiner gesellschaftlichen Stärke, aber auch ein Verständnis der inneren Widersprüche und Konflikte im rechten Kräftespektrum. Nur mit einer einigermaßen dichten Informationslage können Gegenstrategien entwickelt werden, die dort treffen, wo es den Rechten auch wehtut, und so ansetzen, dass antifaschistische Gegenwehr anhand der realen und konkreten Gefahren, die von Rechts ausgehen, vermittelt werden kann.

Auch zur Organisation von Aktionen gegen rechte Auftritte und Infrastruktur gehört mehr als nur guter Wille und Entschlossenheit. Erfahrungen auf den unterschiedlichsten Konfrontationsebenen, das richtige Verhältnis zwischen der Effektivität und der Vermittelbarkeit von Aktionen und die richtige Choreographie

der verschiedenen Aktionsebenen, sind nicht nur Zielsetzungen, die wir ewig vor uns hertragen können, sondern müssen im Konkreten erarbeitet werden.

Dazu ist eine kontinuierliche Spezialisierung in Arbeitsfeldern, die es in dieser Form eben nur im Antifabereich gibt, nötig. Recherche, Gegenproteste und direkte Interventionen, besondere Formen der Bündnisarbeit - das klingt ersteinmal nicht sonderlich innovativ und soll es auch nicht sein. Eine wirklich stetige Arbeit und vor allem die strukturelle Zusammenführung dieser Arbeitsfelder zu einem organischen Ganzen ist in der antifaschistischen Linken leider aber alles andere als Standard. Strukturen, die sich dem „klassischen Antifageschäft“ als Komplettpaket widmen, scheinen aus der Mode gekommen zu sein. Und das, obwohl es mehr als genug zu tun gäbe. Über leere Auftragsbücher könnte sich wirklich niemand beschweren...

### **Geschlossene Gruppen und offene Bereiche**

Wie politische Strukturen im Konkreten aussehen, kann nicht einfach am Reißbrett entwickelt werden, sondern ist abhängig von einer Vielzahl von Faktoren, die beim jeweiligen Strukturaufbau genau studiert und berücksichtigt werden müssen: personelle Kapazitäten und Erfahrungshorizont, lokale politische Situation, Umfeld und Szene, verfügbare Infrastruktur, Repression und politischer Gegner. Dennoch möchten wir hier ein paar Basics hervorheben, die zur organisatorischen „Grundausstattung“

langfristig angelegter Antifapolitik gehören sollten:

Geschlossene Gruppen, die auf die politische Qualität, die Vertrauenswürdigkeit und die Verbindlichkeit der Mitglieder - eben nicht nur auf eine möglichst hohe Mitgliederzahl - Wert legen, sind stabile Ausgangspunkte für kontinuierliche Arbeit. Durch die enge gemeinsame Arbeit, an der alle Mitglieder in verschiedenen Formen - je nach Fähigkeiten, Kapazitäten und Bedürfnissen - konstant mitwirken, wird nicht nur etwas nach außen getragen. Nach innen sorgt das verantwortungsvolle Zusammenwirken in festem und organisiertem Rahmen für Kollektivität und gegenseitiges Vertrauen. Arbeitsteilung und die gemeinsame Zusammenführung der verschiedenen Arbeitsfelder auf der einen Seite, verschiedene Ebenen der Verantwortlichkeit unter Wahrung der gleichen politischen Augenhöhe auf der anderen Seite, sind gute Orientierungen. Gleichzeitig muss klar sein, dass Widersprüche in der politischen Arbeit normal sind und eine produktive Rolle spielen können. Dafür müssen sie aber nüchtern und politisch untersucht und diskutiert werden, anstatt sie aufzubauschen oder abzutun. Mit intensiver und offener Kommunikation und einer Kultur der ständigen Debatte in den Organisationen, in der die allgemeinen Stoßrichtungen mit der konkreten Arbeit abgeglichen werden, können Fehler vermieden werden, die in der Vergangenheit entweder zu dogmatischen Erstarrungen oder dem Hang zu politischer Beliebigkeit in linken Strukturen geführt haben. Letztlich geht es um die

effektive und schlagkräftige Zusammenführung von Antifaschist:innen, die bereit sind, politische Verantwortung in einem Prozess zu übernehmen, von dem es eine gemeinsame Vorstellung gibt – und das natürlich nicht nur bis zum nächsten politischen Trendwechsel.

In Ergänzung zu diesen geschlossenen Kernstrukturen sind offene Anlaufstellen und Organisationsmöglichkeiten für die Beteiligung an antifaschistischer Arbeit unerlässlich. Das Interesse, insbesondere unter Jugendlichen, sich zumindest zeitweise an Kampagnen oder Aktionen gegen rechte Aktivitäten oder Infrastruktur zu beteiligen, ist beachtlich hoch – die Ablehnung von staatlichem Rassismus und der verstärkten AfD-Präsenz verstärkt diese Tendenz aktuell weiter. Es sollte also unseres Erachtens nach ein fester Bestandteil organisierter Antifa-Arbeit sein, regelmäßige offene Treffen zu ermöglichen, auf denen in erster Linie eine gemeinsame Praxis organisiert und ein direkter, motivierender Blick in das Arbeitsfeld Antifaschismus ermöglicht wird.

### **Zwischen Absicherung und Ansprechbarkeit**

Antifaschistische Strukturen sind dem bürgerlichen Staat ein Dorn im Auge. Wer mit antikapitalistischem Selbstverständnis und einer selbstbestimmten Praxis den Ansatz verfolgt, feste Strukturen aufzubauen, muss sich der ständigen Kriminalisierungs- und Repressionsgefahr in bürgerlichen Staaten bewusst sein. Auch wenn die Bedrohung durch

Repressionsbehörden nicht immer unmittelbar und greifbar ist, kann dieser Fall schnell eintreten, wenn der politische Strafverfolgungswille vorhanden ist.

Geschlossene Gruppen sind nicht nur im Hinblick auf die Arbeitsqualität und das kollektive Potenzial sinnvoll, sie sind zugleich Selbstschutzmaßnahmen gegen mögliche staatliche Angriffe.

Je weniger Anhaltspunkte und Indizien den staatlichen Behörden geliefert werden, um Arbeitsweisen und Personalien nachzuvollziehen, desto besser sind linke Strukturen aktuell und gerade auch für die Zukunft geschützt. Wir sollten nicht vergessen, dass die Repressionsbehörden eben auch strategisch arbeiten und langfristige Beobachtungen anstellen. Je besser sie die Anatomie unserer Arbeit (etwa auch die soziale Ebene) verstehen, desto mehr Angriffspunkte können sie daraus ableiten. Darüber hinaus kann es im Allgemeinen auch im Hinblick auf revolutionäre Aufbauarbeit nicht schaden, wenn sich Genoss:innen in verschiedenen Bereichen mit Arbeitsweisen vertraut machen, die vor staatlichen Einblicken und Zugriffen geschützt sind. Es muss nicht allgemein bekannt sein, welche Personen in welchen Strukturen organisiert sind, wer welche Aufgaben erledigt und welche politischen Kontakte bestehen. Nicht nur staatliche Stellen können antifaschistische Strukturen mit diesen Informationen gezielter angreifen, auch rechte und faschistische Zusammenhänge betreiben schon seit Jahren systematische „Anti-Antifa“-Arbeit, mit der sie vor allem gegen einzelne Aktivist:innen vorgehen. Fälle, in



denen polizeiliche Informationen von faschistischen Bullen selbst genutzt oder gezielt an Faschist:innen weitergegeben wurden, sind zwar nicht an der Tagesordnung, ereignen sich aber heute schon, und könnten zukünftig, mit einer zunehmend im Staatsapparat verankerten AfD, zu einem größeren Problem für die antifaschistische Bewegung werden.

Die politische Präsenz antifaschistischer Strukturen, sowohl im Umfeld als auch gegenüber politischen Partner:innen, ist hingegen enorm wichtig. Dafür gilt es, die schwierige Gratwanderung zwischen Absicherung und Ansprechbarkeit zu meistern. Dass einzelne Personen die Strukturen auf Bündnisebene und gegenüber dem Umfeld vertreten und ihr auf längere Dauer ein Gesicht verleihen, ist notwendig und auch Auftritte in der Öffentlichkeit oder vor der Presse können in Betracht gezogen werden. Allerdings lohnt es sich immer wieder aufs Neue zu diskutieren, welchen Nutzen die Struktur daraus genau ziehen kann (welche Vorteile hat, auf den konkreten Fall bezogen,

ein öffentlicher Auftritt als Vertreter:in der Struktur gegenüber einem Auftritt ohne Strukturlabel?) und wie das im Konkreten aussehen sollte.

### **Überregionale Organisation**

Der Kampf gegen Rechts ist in besonders hohem Maße von den jeweiligen lokalen/regionalen Gegebenheiten abhängig. Ob Großstadt oder ländliche Provinz, Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg – auch wenn wir uns im selben rechtlichen Rahmen bewegen und nur einige Fahrstunden voneinander entfernt sind, ändern sich mit der räumlichen Situation unsere Kampfbedingungen und zumindest die kurzfristigen Zielsetzungen unserer Arbeit weitgehend. Der politische Gegner ist im gesamten Bundesgebiet in verschiedenen Formen präsent, ist darüberhinaus in vielen Fällen überregional organisiert (AfD, 3. Weg, Die Rechte...) und verfügt über Rückzugs- bzw. Reproduktionsräume, in denen er sich meist mehr oder weniger unbehelligt formieren kann. Mit lokaler antifaschistischer

Arbeit, die mit wachsender Entfernung zu Städten im ländlichen Raum immer weiter ausdünn und nur hin und wieder in gemeinsamen, überregionalen Projekten zusammenkommt, wird zwar ein richtiger Schritt getan, aber letztendlich nicht viel verändert.

In dieser Situation drängt sich die Suche nach festeren, organisierten Formen der überregionalen Zusammenarbeit auf. Nicht ein neuer Papiertiger oder ein weiteres unverbindliches Bündnis, sondern die Erweiterung der kontinuierlichen lokalen Arbeit um neue Erfahrungshorizonte und Arbeitsebenen und die gezielte Verknüpfung von Gemeinsamkeiten aus verschiedenen Städten. Nicht jede Gruppe hat die Möglichkeiten, sich in den verschiedenen Arbeitsfeldern zu betätigen und überall Erfahrungen zu sammeln. Erst die Zusammenkunft einer Vielfalt an Ausgangsbedingungen ermöglicht eine umfassende Theoretisierung von Praxis und die Überprüfung von Theorie in einem größeren Rahmen. Dass Massenblockaden als Aktionsform gegen rechte Auftritte etwa sowohl Hemmschuh für dynamischere Aktionen, als auch wichtiges Mittel zur niedrigschwelligen Aktivierung von Menschen und passendes Gegenstück zu direkten Aktionen sein können, ist eine Einschätzung, die auf einer Vielzahl von überregional gemachten Erfahrungen beruht. Ob, warum und wie dieses Mittel zum Einsatz kommen sollte, ist zum Beispiel eine Diskussion, die auf Grundlage von möglichst vielen, auch lokalen, Einschätzungen und Erfahrungswerten geführt werden sollte.

Auch wenn viele bei dem Gedanken aufstöhnen, neben den eigenen Problemen, jetzt auch noch überregionale Verantwortung und Herausforderungen auf den Tisch geknallt zu bekommen, wird auf lange Sicht kein Weg daran vorbeiführen. Es geht darum, Praxiserfahrungen über Stadtgrenzen hinweg zu verwerten und darauf aufbauend gemeinsame Herangehensweisen zu entwickeln. Es geht darum, rechte Kräfte mit überregionalen Schwerpunktaktionen zu schwächen und darum, wirklichen gesellschaftlichen Druck aufzubauen, der nicht kommentarlos in dieser oder jener Lokalpresse verebbt. Es geht darum, Kapazitätenproblemen durch gezielte gegenseitige Unterstützung entgegenzuwirken, es geht um die Schaffung motivierender kollektiver Momente und ganz einfach um Solidarität und Zusammengehörigkeit über Stadtgrenzen hinaus.

Was hier nach großen Worten klingt, beginnt im Kleinen mit gemeinsamer Praxis und Diskussionen, mit der genauen Beobachtung der verschiedenen lokalen Situationen und der Herausbildung von gegenseitigem, politischen Vertrauen. Was daraus gemacht werden kann? Nicht weniger als eine überregionale Organisation, die ausgehend von unterschiedlichen lokalen Situationen eine gemeinsame politische Linie entwickelt, eigene Infrastruktur aufbaut und dem antifaschistischen Potenzial in der Gesellschaft eine Orientierung gibt.

### **Revolutionärer Anschluss**

In welchem Verhältnis können revolutionäre Strukturen zu dieser Form der

Teilbereichsorganisation stehen? Es ist grundsätzlich in ihrem, also unserem, Interesse, dass der Antifa-Kampf organisiert geführt wird – als Standbein im Aufbau und vor allem in der Verteidigung von revolutionärer Gegenmacht ist dieser Bereich des politischen Widerstandes unabdingbar. Gerade im Hinblick auf die inhaltliche Beliebigkeit der radikalen Linken im Antifabereich, ist die Klärung des politischen Fundaments für uns wichtig, um opportunistischen („Alle friedlich gegen Nazis“) oder radikalistischen („Wir gegen den faschistoiden Rest der Gesellschaft“) Kampfvorstellungen möglichst früh auf klassenkämpferischer Grundlage entgegenwirken zu können.

Wir halten es für essenziell, dass antifaschistische Organisationen eigenständig, also politisch und organisatorisch unabhängig arbeiten. Gerade deshalb sollten Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion und ein allgemein guter politischer Kontakt zwischen revolutionären und antifaschistischen Strukturen gesucht und gepflegt werden – sowohl um die Isolation revolutionärer Aufbauarbeit von den real stattfindenden Kämpfen zu verhindern, als auch um den antikapitalistischen und klassenkämpferischen Charakter organisierter antifaschistischer Arbeit zu bestärken und immer wieder für Verknüpfungen verschiedener Teilbereichskämpfe zu sorgen.

- Organisierter Antifaschismus ist objektiv Teil des revolutionären Prozesses. Dieses Verständnis innerhalb der antifaschistischen Bewegung zu stärken ist wesentlich, um die Festigkeit und

Vehemenz, die dieses Politikfeld benötigt, auf lange Sicht zu halten.

- Mit organisierter Praxis in den bestehenden politischen und sozialen Kämpfen können revolutionäre Organisationen ein realistisches Verständnis für die aktuelle gesellschaftliche Situation und kommende Schritte im revolutionären Aufbau bekommen.

Es ist offensichtlich, dass der Kampf gegen die aktuelle Rechtsentwicklung Antifaschist:innen in die Verzweiflung und Resignation treiben kann. Zu viele rechte Brandherde, zu viel Akzeptanz und direkte Bestärkung aus dem Lager der selbsternannten „bürgerlichen Mitte“, zu Wenige, die bereit sind, dagegen Kante zu zeigen und zu wenig Bewährtes, an das wir anknüpfen könnten.

Es ist nicht nur bitter nötig, sondern eben auch möglich, aus dieser Situation der Schwäche auszubrechen! Die langfristig angelegte Organisation im Teilbereich, eine auf Effektivität und Breitenwirkung angelegte Praxis und eine revolutionäre Perspektive, die in enger Verbindung zum Kampf gegen Rechts greif- und diskutierbar entwickelt wird, können der Bewegung eine neue Stärke und Dynamik verleihen. Das sind die Eckpunkte eines strategischen Antifaschismus, der auch in dunklen Zeiten noch begeistern und Zähne zeigen kann. ■





# Literatur

## Faschismusanalyse

Georgi Dimitroff  
Kurt Gossweiler  
Reinhard Kühnl  
Reinhard Opitz  
Kurt Pätzold

Clara Zetkin  
Alfred Sohn-Rethel

Manfred Weissbecker  
und Kurt Pätzold

- Arbeiterklasse und Faschismus
- Arbeiterklasse gegen Faschismus
- Faschismustheorien. Ein Leitfaden
- Faschismus und Neofaschismus
- Die Gegenrevolution. Thesen zur Analyse des historischen Faschismus (Text)
- Von der Vertreibung zum Genozid (Text)
- Wahn und Kalkül. Antisemitismus unterm Hakenkreuz
- Kampf gegen den Faschismus
- Ökonomie und Klassenstruktur des Faschismus
- Geschichte der NSDAP

## Antifaschistische Geschichte

Allan Merson  
Bernd Langer

Horst Schöppner

- Kommunistischer Widerstand 1933 – 1945
- Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung
- Antifa heisst Angriff

## Recherche

Antifa-Infoblatt  
Der Rechte Rand



# #1 Antifaschismus als Teil des revolutionären Aufbaus

Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir sind kommunistische Gruppen aus verschiedenen Städten im Bundesgebiet. Unser Ziel ist der Aufbau einer bundesweiten revolutionären, aktionsorientierten Organisation. Über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen wollen wir die Basis für eine solche Struktur schaffen. Wir sind nicht die einzigen, die einen Teil zu einem revolutionären Aufbauprozess beitragen werden, weshalb der Kontakt und die gemeinsame Arbeit mit anderen linken und revolutionären Zusammenhängen ein wichtiger Aspekt unserer Politik ist. Der Ausgangspunkt unserer Arbeit sind immer die konkreten Kämpfe und Bewegungen in den einzelnen Städten: Für Solidarität und gemeinsame Stärke unter den Lohnabhängigen, gegen die Gefahr von Rechts und den Aufbau des Sicherheitsstaates, für den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, gegen imperialistische Kriege und für internationale Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit. Alle diese Kämpfe begreifen wir als Teile eines vielschichtigen proletarischen Klassenkampfes, in dem wir es als Aufgabe der revolutionären Linken begreifen, die sozialen, politischen und materiellen Interessen der Lohnabhängigen in einer antagonistischen Gegenmacht von unten zu bündeln.

